

Deutsche Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 82 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, 23. Sept. 1933

Chefredakteur: M. Braun

Es sinnt Gewalt und List nur dies
Geschlecht, was will, was soll,
was heißt denn das Recht? Hast
du die Macht, du hast das Recht
auf Erden. Selbstüchtig schuf
der Stärkere das Gesetz, ein
Schlächterbeil zugleich und Fange-
netz für Schwächere zu werden.
Chamisso.

Des Reichskanzlers Kronzeuge

Leipzig: Ein Narr als „Führer“ der deutschen „bolschewistischen Revolution“

Die wahren Angeklagten

D. F. Wir haben über den sogenannten Gegenprozeß in London ausführlich berichtet und gedenken auch über den Leipziger Prozeß möglichst ausführliche Berichte zu bringen. Es ist kennzeichnend für die Taktik der nationalsozialistischen deutschen Regierung, daß sie ihrer Presse nicht die Möglichkeit gegeben hat, über die Aussagen in London eingehend zu berichten, dagegen für die weiteste Verbreitung der Verhandlung von Leipzig durch Presse und Rundfunk sorgt. Wir werden unseren Lesern die Möglichkeit geben, sich auch über den Prozeß von Leipzig ein eigenes Urteil zu bilden, wie sie das auf Grund unserer Berichterstattung über London tun konnten. Dabei machen wir darauf aufmerksam, daß wir zunächst auf gleichgeschaltete Berichterstattung angewiesen sind. Allerdings haben wir uns die Möglichkeit gesichert, diese Berichte, die schon am ersten Tage retuschiert waren, angemessen zu ergänzen.

Der Präsident hat gleich bei Beginn der Vernehmung von der Lubbe die Echtheit seines holländischen Reisepasses festgestellt. Ungeklärt aber bleibt, warum ein „u“, das es im Holländischen nicht gibt, statt einem „u“ im Namen steht. Die Erzählung von der Lubbe, daß in irgendeinem Winkel irgendein Stromer die beiden u-Punkte in den Paß gesetzt habe, ist so unglaubwürdig, daß man sich doch wundern muß, wie der Senatspräsident Dr. Büniger eine solche Erklärung so ohne weiteres hinnehmen kann.

Von der Lubbe bestreitet, sich als Nationalsozialist ausgegeben zu haben. Auch habe er nie in Heimen dieser Partei übernachtet. Er laßt aber lautlos vor sich hin, als nationalsozialistische Leuchten beschwören, er sei nicht der Mann, der tagelang die Freundschaft nationalsozialistischer Ortsgrößen in Sachsen angenommen hat. Als der Präsident ihm sagt: „Ich warne Sie, lachen Sie nicht mehr, die Sache ist hier fürchtbar ernst.“ lachte von der Lubbe dennoch wieder und sagt ehrlich, die ganze Verhandlung komme ihm komisch vor. Der Gerichtshof ist sehr duldsam. Er begnügt sich mit dieser komischen Erklärung des Angeklagten, ohne ihn weiter zu bekümmern. Vielleicht findet von der Lubbe auch das komisch, und darin hätte er recht.

Vielleicht ist Lubbe gar nicht so dumm bei seinem Lachen. Er wird sich überlegt haben, was wohl mit einem Zeugen geschähe, der hier aus sagte, von der Lubbe sei wirklich der Mann, der da die Gastfreundschaft von örtlichen Nazigrößen genossen hat. Er hatte noch mehr Grund zum Lächeln, wenn richtig ist, daß der Zeuge Keil aus dem Konzentrationslager zum Prozeß gebracht worden ist, um in „voller Freiheit“ seine Aussage zu machen und nach der „Freiheit“ des Prozesses dann ins Konzentrationslager zurückzukehren — zur weiteren Behandlung.

Von der Lubbe, der Hauptangeklagte dieses Mordprozeses, der Kronzeuge des deutschen Reichskanzlers für die Notwendigkeit des Niederschlagens der ganzen deutschen Arbeiterbewegung, gibt an, die Anklageschrift überhaupt nicht gelesen zu haben. Auf die Frage des Präsidenten, ob sie ihm verdolmetscht worden sei, antwortet er erst: „Nein!“ und auf die weitere Frage, ob sie vielleicht teilweise verdolmetscht worden sei, lautet die Antwort: „Möglich.“ Was soll man dazu sagen? Ein Angeklagter, um dessen Kopf es geht, beachtet überhaupt nicht die Anklageschrift. Entweder ist er ein armer Narr, oder er weiß sich irgendwie geschickt.

Er sagt aus, daß seine Augen am 28. Januar 1933 viel schlimmer geworden seien, und er habe die Universitätsklinik aufgesucht. Noch Ende Februar, am Brandtage, war er halb blind. Und dieser Mensch mit geschwächtem Augenlicht soll die Fassade des Reichstags hinaufgeklettert sein, um an Türenden Stellen alle in Feuer anzulegen! In einem Gebäude, das ein wahres Labyrinth von Gängen, Sälen und Zimmern ist. Ein riesiges Bau, in dem sich zu rechtzufinden jeder Wochen braucht.

Der Präsident stellt fest, daß von der Lubbe schon mit 16 Jahren Kommunist gewesen ist. Als Beweis ergibt sich allerdings nur, daß von der Lubbe mit einem Studenten befreundet war, der anarchistische Ideen gehabt haben soll, und daß er Beziehungen zu holländischen Kommunisten gehabt hat. Ob er kommunistische Schriften verfaßt hat? Nein! Ob er ein kommunistischer Redner

war? Vielleicht, vielleicht auch nicht. Er gibt nur verworrene Aushüfte.

Nur eins ist gewiß, daß von der Lubbe seit mindestens 1931 nicht mehr der Kommunistischen Partei angehört. Beiträge hat er seitdem nicht mehr bezahlt. Sein Parteimitgliedsbuch hat er vorsichtshalber behalten. Schon im Jahre 1929 ist er einmal aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Vielleicht ist er schon seit dieser Zeit, also seit vier Jahren, nicht mehr Parteimitglied.

Jedenfalls erklärt von der Lubbe, so unsicher und unklar auf sonstige Fragen seine Aussagen auch sind, entschieden und immer wieder, daß er nicht mehr Kommunist ist.

Von der Lubbe soll seine politischen Ziele entwickeln. Es wird ihm nahegelegt, es in seiner holländischen Muttersprache zu tun, wenn es mit dem Deutschen hapert. Er kann auch das nicht. Kein Wunder, denn alle seine „politischen“ Antworten haben ja schon gezeigt, daß er sich in sehr wirren Ansichten bewegt. Der erste Prozeßtag schließt mit der eindringlichen Mahnung des Vorsitzenden an den Angeklagten, sich bis zum nächsten zu überlegen, aus welchen Gründen er vor Jahren die Kommunistische Partei verlassen hat. Vielleicht macht sich von der Lubbe über Nacht eine Aussage zurecht. Niemand würde seine Behauptung widerlegen können, denn wer kann wissen, was in einem geistig und moralisch so minderwertigen Menschen vorgeht. Vielleicht findet von der Lubbe aber die Frage des Vorsitzenden nur wieder recht komisch und antwortet mit einem Lachen. Vielleicht ist dem Angeklagten der ganze Prozeß komisch.

Das jedenfalls hat schon der erste Tage gezeigt, daß es an Berrücktheit grenzt, glauben zu machen, dieser ehe-

malige Fürsorgezögling, dieser wiederholt vorbestrafte Kriminelle, dieser Parasit und Schwächer, der seit Jahren aus der holländischen Kommunistischen Partei ausgetreten ist, wenn er nicht ausgestoßen wurde, dieser Bagabund von der Lubbe sei von deutschen Reichstagsabgeordneten in die angeblichen Geheimpläne der kommunistischen Führer zur Entfesselung der Revolution in Deutschland eingeweiht worden und habe das Flammenignal zum Aufstand geben sollen!

Das aber ist vom deutschen Reichskanzler, ist vom preussischen Ministerpräsidenten Göring in der Brandnacht in die ganze Welt gerufen worden. Mehr noch! Kanzler und Ministerpräsident haben behauptet, dieser Landstreicher von der Lubbe sei das Symbol der kommunistisch-sozialdemokratischen Einheitsfront. Er habe seine Beziehungen zur Sozialdemokratie zugegeben. Das war ja doch die Begründung, mit der man die gesamte sozialdemokratische Presse Preußens unterdrückt und den gewalttätigen, ungeheuerlichen Kampf mit Forderungen und Mord gegen die Sozialdemokratie einleitete.

Schon der erste Prozeßtag hat die Lügenhaftigkeit des deutschen Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten vor der ganzen Welt enthüllt. An diesem Eindruck wird keine Regie der künftigen Prozeßführung etwas ändern können.

Ein notorischer Lump war der nationalsozialistischen Regierung gerade gut genug, um als Werkzeug für die Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft zu dienen. Von der Lubbe ist ein Lump. Niemand wird es bestreiten. Und was sind die andern?

Der zweite Tag

Fememörder Heines meldet sich

Leipzig, 22. Sept. Das Interesse von Publikum und Presse war am Freitag unvermindert stark. Die Kontrolle wird mit gleicher Strenge durchgeführt, da die Zuhörerarten nur immer für einen Tag Gültigkeit haben, sind die Zuhörerbänke neu besetzt. Auch die Photographen sind wieder anwesend, während die Konfessionäre ihre Apparate heute nicht mehr aufgestellt haben.

Die Donnerstagverhandlung hatte die Vernehmung des Angeklagten von der Lubbe über seine Ankunft in Berlin im Februar gefördert. Es wird nun festzustellen sein, was von der Lubbe in Berlin in den Tagen bis zum Reichstagsbrand getrieben hat. Da bei dieser Gelegenheit auch die Brandstiftung selbst voranschreitlich schon zur Behandlung kommen wird, ist zur heutigen Verhandlung bereits der sachverständige Branddirektor Dr. Ing. Wagner geladen. Dem Angeklagten von der Lubbe werden, nachdem er in der Anklagebank Platz genommen hat, die Fesseln sofort abgenommen.

Der Beginn der Verhandlung

verzögert sich um eine gute Viertelstunde. Nach Eröffnung der Sitzung nimmt der Oberreichsanwalt zu folgender Erklärung das Wort: „Ich habe heute morgen ein Telegramm von SA-Oberführer, Polizeipräsident Preussischer Staatsrat Heines folgenden Inhalts bekommen: „Im Braunschweig und in der in- und ausländischen Presse werde ich der Brandstiftung im Reichstagsgebäude verdächtigt. Ich war vom 26. Februar bis 1. März in Gleiwitz und habe dort im Hotel „Haus Oberschlesien“ gewohnt und bin in Gleiwitz von vielen Personen gesehen worden. Ich bitte das Gericht, mich gegen diese Verdächtigung zu schützen.“ In einem Teil der ausländischen Presse,“ so fährt der Oberreichsanwalt fort, „ist die Behauptung verbreitet worden, daß der Absender des Telegramms, Polizeipräsident Heines, Anführer

irdischen Gang in das Reichstagsgebäude eingebrochen sei und den Brand gelegt habe.

Ich werde mir vorbehalten, entsprechende Anträge zu stellen, wenn dieser Komplex zur Sprache kommt.“ Der zweite Anklagevertreter, Landgerichtsdirektor Parisius,

weist darauf hin, daß in einem Teile der Presse die Aussagen der Zeugen über von der Lubbes Aufenthalt in Sormwitz so wiedergegeben worden seien, daß daraus der Anschein entstehen könnte, als wenn diese Zeugen gestern etwas anderes ausgesagt hätten, als im Vorverfahren. Ich bitte selbstenstellen, so erklärt er, daß das, was diese Zeugen gestern hier bekundet haben, übereinstimmend ist mit dem, was sie schon im Anfangsstadium des Verfahrens bekundet haben. Auch der Vorsitzende stellt fest, daß die Zeugen gestern genau dasselbe ausgesagt haben, wie in der Voruntersuchung.

Der Vorsitzende gibt dann zunächst dem medizinischen Sachverständigen Geh. Rat. Dr. Bonnhoefler das Wort zu einem

Ontachten über den Gesundheitszustand von der Lubbe.

Der Sachverständige führt aus: Ich habe von der Lubbe vom 20. bis 25. März 1933 mehrfach eingehend untersucht. Das Bild, das der Untersuchte damals geboten hat, war das eines körperlich kräftigen Menschen, der es ablehnte, an irgendwelcher Krankheit zu leiden. Das damalige Bild war insofern von dem ab, das der Angeklagte bei der gestrigen Verhandlung bot, als es damals keinerlei Schwierigkeiten bereitet, mit ihm in Kontakt zu kommen und sich mit ihm zu unterhalten.

Er hatte etwas durchaus Selbstsicheres, sogar etwas Uebermütiges. Auch damals lächelte oder lachte er bei Situationen, die ihm aus irgendeinem Grunde komisch erschienen. Die Möglichkeit, sich mit ihm zu unterhalten über den Tatabstand und über seinen Lebensgang, war durchaus gegeben. In manchen Dingen war er zurückhaltend, namentlich über seinen letzten Weg von Holland nach Berlin. Der unmittelbare Anlaß für die Untersuchung war ein Hungerstreik, der damals von ihm im Untersuchungsgefängnis beabsichtigt war, weil er drei Wochen lang den Hunger hatte, daß die Sache beschleunigt werde. Der Angeklagte hat uns dann auch Motive seines Handelns angegeben und dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich um eine Aktion von ihm handelte, die aus kommunistischen Gedankengängen hervorgegangen war. Er habe ein Vorbild sein wollen für andere.

Ich habe keinen Anhaltspunkt gewonnen zu der Annahme, daß etwa eine psychische Störung bei ihm vorliegen könnte.

Verteidiger Dr. Seuffert: Es ist mir aufgefallen, daß von der Lubbe, als ich mit ihm allein war, plötzlich in leidenschaftliche Erregung kommt, die dann zwar wieder ab-

flingt, aber ohne erkennbaren Anlaß wiederkommt. Haben Sie auch solche Beobachtungen gemacht?

Sachverständiger: Das eine leidenschaftliche Erregung bei ihm zu beobachten wäre, kann ich nicht sagen. Er wird allerdings oft lebhaft und mittelstimmig.

Verteidiger Dr. Zeufferl: Ist es denkbar, daß der Angeklagte unter einem posthypnotischen Einfluß steht?

Sachverständiger: Das halte ich für ausgeschlossen. Als Zeuge wird hierauf der Berliner Kriminalkommissar Heising vernommen, der in Holland Ermittlungen über das Vorleben von der Lubbe angestellt hat. Der Zeuge gibt an, er habe diejenigen Kommunisten in Leyden und Umgebung aufgesucht, die als Freunde des Angeklagten von der Lubbe bezeichnet wurden. Dabei sei er auch zu einem Studenten von Albara gekommen. Dieser habe erklärt, er sei Anhänger des sogenannten „internationalen Kommunismus“.

einer Sonderbildung, die in ganz Holland etwa 20 und in Leyden etwa fünf Mitglieder zählt.

Auf die Frage, was eigentlich der internationale Kommunismus bezwecke, erklärte der Student, diese Leute würden sich nicht nach irgendwelchen Weisungen einer Zentralinstanz richten, sondern als selbständige Kommunisten die kommunistische Idee vertreten und verfolgen. Auch das Programm der kommunistischen Partei vertreten sie. Lubbe habe in der Partei ein gewisses Ansehen erworben. Albara ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß von der Lubbe für die kommunistische Partei ein geeignetes Objekt war, besondere Aktionen durchzuführen. Die Partei habe von der Lubbe immer vorgeleitet, um selbst im Hintergrund zu bleiben, und von der Lubbe war so anständig, die Schuld immer auf sich zu nehmen.

Im Jahre 1931 sei von der Lubbe der Austritt von der kommunistischen Partei nahegelegt worden.

Er wußte jedoch nicht, was schließlich daraufhin geschehen sei, glaubte aber kaum, daß von der Lubbe dieser Aufforderung nachgegeben ist. Von der Lubbe sollte sozusagen festgestellt werden. Aber die Gründe hierfür waren nicht zu erfahren. — Der Zeuge hat dann auch noch mit einem anderen Freund von der Lubbe gesprochen, mit Jacobus Bink, der Mitglied der kommunistischen Partei Hollands ist.

Auch dieser wußte davon, daß Lubbe mit der kommunistischen Partei in Kontakt geraten war und daß die Partei ihn zum Austritt veranlassen wollte, er nehme allerdings kaum an, daß Lubbe ausgetreten sei, da er sich weiter im Sinne der Partei betätigt habe.

Der Zeuge macht dann noch eine wichtige Befundung über Aufzeichnungen des Angeklagten, die, wie Bink mitteilte, am Tage vor dem 1. März von einem Vertreter der kommunistischen Partei Hollands abgeholt wurden. Es handelte sich um ein Tagebuch und um einen alten Paß von der Lubbe. In dem Tagebuch waren Adressen inländischer und ausländischer Kommunisten verzeichnet. Es waren auch deutsche Namen darin. Aus dem Abholen dieser Sachen ist zu entnehmen, daß die kommunistische Partei Hollands berechtigtes Interesse daran hatte, diese Aufzeichnungen nach dem Bekanntwerden der Festnahme von der Lubbe verschwinden zu lassen.

Die Verhandlung dauert an. (Siehe auch Seite 3!)

Unsere „Freiheit“

Trotz alledem

In der „Saarbrücker Zeitung“ regt sich ein braver Bürger auf:

Wie das Druckerzeugnis „Deutsche Freiheit“ in Kohlenwaggons nach dem Reich geschmuggelt wird, zeigt ein Vorkauf, der sich am 6. d. M. in der Versandabteilung der „Gruben Nachrichten“ zugetragen hat. Ein junger Knappe überbrachte dem Aufsicht der sechs Pakete mit dem Vermerk, der Sicherheitsmann I habe ihn geschickt, der Aufsicht möchte die Pakete an den Verkaufsleiter E. weiterleiten. Als die Pakete am nächsten Morgen noch nicht abgeholt waren, öffnete der Aufsicht im Beisein eines Grubenarbeiters eines der Pakete, die in starkes Papier verpackt und mit Schleichdraht verschürt waren. Das Paket enthielt Exemplare der Zeitung „Deutsche Freiheit“. An der Aufschrift „Freiheitsgrüße von euren Brüdern von der Saar“, die auf jedem Paket angebracht war, ließ sich erkennen, daß die Zeitungen ins Reich gehen sollten. Die Pakete wurden später von einem Aufsichtsbekanntem beschlagnahmt. Das geschah anscheinend, um die Angelegenheit zu vertuschen, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß die „Deutsche Freiheit“ in Kohlenwaggons nach dem Reich geschmuggelt wird, wobei die Vertrauensmänner der NSD. und SPD. Hand in Hand arbeiten unter stillschweigender Duldung der Grubenverwaltung.

Und was von dieser Art des Schmuggels unserer Zeitung bisher nicht bekannt. Es führen eben viele Wege nach Deutschland.

Auch wußten wir nicht, daß die Grubenverwaltung zu unseren intimsten Förderern gehört. Schließlich wird noch heraus kommen, daß der Präsident der saarländischen Regierungskommission oder sogar der Präsident der französischen Republik sich höchstselbst um den Schmuggel der „Deutschen Freiheit“ nach Deutschland bemühen. Wie sollte sie auch sonst nach Deutschland kommen!

Hoffen wir, daß die angehaltenen sechs Pakete, nachdem sie ihr eigentliches Ziel nicht erreichen konnten, nun wenigstens im Saargebiet in die richtigen Hände gelangen. Auch hier ist noch viel zu tun.

Noch immer 4 Millionen Erwerbslose

Trotz aller Kunststücke

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Arbeitsmarktlage im Reich für die Zeit vom 1. bis 15. September 1933 ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um weitere 57 000 gesunken.

Trotz aller „Siege“ in der Arbeitschlacht und trotz aller statistischen Kunstgriffe verlangsamte sich also die „Abnahme“ der Arbeitslosenziffern. Die Wirtschaftslage muß sehr schwer sein, wenn es nicht gelingt, eine wirklich überzeugende Senkung der Erwerbslosigkeit zu konstruieren.

Auch nach der amtlichen Zählung gibt es noch 4,67 Mill. Erwerbslose.

Russisch-japanischer Konflikt

Moskau, 22. Sept. Der Stellvertreter des Volkskommissar für Äußeres, Sokolnikow, übergab gestern dem japanischen Botschafter eine Erklärung der sowjetrussischen Regierung wegen Verletzung der Verträge der Ostsibirialbahn durch Mandchukuo bzw. durch die für die Vorgänge in Mandchukuo verantwortliche japanische Regierung. Die gleiche Erklärung gab der sowjetrussische Botschafter in Tokio ab.

Erste Auslandsstimmen

Politisch, nicht juristisch

Wichtige französische Stimme

Paris, 22. Sept. Der „Temps“, der bisher zu dem ganzen Komplex der Reichstagsbrandstiftung sehr zurückhaltend gewesen ist, würdigt ausführlich den Beginn des Prozesses und sagt u. a.:

Am Tage nach dem Brand hat man angekündigt, daß die Justiz schnell vorgehen würde. Der Prozeß beginnt am 21. September, 6 Monate später.

Am Morgen nach dem Brand meldeten die offiziellen Bekanntmachungen, daß die Nachforschungen und die Untersuchung öffentlich sein würden, aber das Verfahren ist streng geheim gewesen, und man kennt nicht den Inhalt der Anklageschrift.

Im Verlauf des Verfahrens sind, wie man sagt, mehr als 500 Zeugen vernommen worden. Aber eine große Zahl derselben, die zugunsten der Angeklagten anklagen könnten, hat Deutschland verlassen und kann nicht ohne Gefahr antreten. Eine beständige Bedrohung bildet für die Personen, die in Deutschland geblieben sind, der Ausnahmezustand, der die Unabhängigkeit der Zeugenanlage nicht fördert.

Nur der Holländer von der Lubbe hat Geständnisse gemacht. Die drei Bulgaren und der Abgeordnete Torgler leugnen jede Beteiligung.

Die Verteidigung der Angeklagten wird durch Offizialverteidiger wahrgenommen. Nur der Verteidiger Torgler, Dr. Sod, ist ein bekannter Rechtsanwalt; unter dem republikanischen Regierungssystem verteidigte er rechtstehende Angeklagte, die gegen die Republik sich verschworen hatten. Das Gericht hat sich angewidert, ausländische Verteidiger zuzulassen. Welches auch der Inhalt der Anklageschrift sein mag, die Verhandlungen in Leipzig werden folgende Punkte aufklären müssen:

1. Wie war es möglich, ein öffentliches, überwacht Gebäude anzuzünden, zu dem keine Person ohne besondere Erlaubnis Zutritt hatte?

2. Man hat am Tatort nur einen einzigen Brandstifter verhaftet. Aber in den Bekanntmachungen der Polizei wurde festgestellt, daß viele Zentner an Brandmaterial notwendig gewesen seien und daß zahlreiche Brandherde in sehr kurzer Zeit entzündet und vorbereitet worden wären.

3. Der verhaftete Brandstifter ist ein Holländer, früherer Kommunist, der aber aus der Partei seit mehreren Jahren ausgeschlossen ist. Die offiziellen Bekanntmachungen am Tage nach der Brandstiftung haben die deutsche kommunistische Partei als eigentlichen Urheber des Terrorakts bezeichnet und die Sozialdemokratie der Mitwirkung angeklagt. Bis heute haben die Kommunisten und Sozialdemokraten jeden Zusammenhang mit den Brandstiftern geleugnet und man hat noch nicht einen Beweis gegen sie vorgebracht.

Die politische Seite des Prozesses geht also erheblich über den juristischen Tatbestand hinaus. Der Reichstagsbrand war der Bakillenstein der nationalsozialistischen „Revolution“. In den ersten Tagen einer antiparlamentarischen Regierung brannte das deutsche Parlament: Das war ein Symbol.

Diese Betrachtungen sind auch von der deutschen Presse, selbst von der rechtsparteilichen, seit dem 20. März angestellt worden. Sie sind heute noch zeitgemäß.

Der Reichstagsbrand war das entscheidende Argument der nationalsozialistischen Propaganda am Vorabend der Wahlen.

Neurath und Göbbels an die Welt

Die Nationalsozialisten sind die größten Pazifisten aller Zeiten

Vor seiner Abreise nach Genf hat der Reichsaußenminister von Neurath dem Berliner Vertreter der „New York Times“ eine Unterredung gewährt, die programmatisch den deutschen Standpunkt für die Abrüstungskonferenz umreißt. Neurath wies auf die mangelnde Gleichberechtigung Deutschlands in der Bewaffnung hin, indem er alle den Deutschen verbotenen Waffen aufzählte und fuhr dann fort:

Deutschland hat das gleiche Recht auf Sicherheit wie alle anderen Länder. Deutschland hat sich in den Verhandlungen über die Abrüstungskonvention stets mit jeder zweckmäßigen Form einer Rüstungskontrolle einverstanden erklärt, unter der einzigen Voraussetzung, daß sie für alle Staaten in gleicher Weise gilt und sich in der Praxis gleichmäßig auswirkt. Das ist aber nur möglich, wenn die Konvention bei den hochgerüsteten Staaten wirkliche Rüstungsüberwachungen bringen würde. Die Forderung einer einseitigen Rüstungskontrolle gegenüber Deutschland, die auf eine internationale Atmosphäre vergiftende Pressebegeisterung wegen angeblicher deutscher Aufrüstung gestützt wird, muß Deutschland dagegen mit aller Schärfe zurückweisen.

Es wird neuerdings in der Presse einiger Länder davon gesprochen, daß die Tatsache der Nachkriegsregelung durch die Regierung Hitler in Deutschland jede Abrüstung in den Deutschland benachbarten Staaten unmöglich mache. Diese Argumentation muß ich auf das schärfste zurückweisen. Die neue deutsche Regierung verfolgt keine kriegerischen Ziele.

Deutschland beharrt also auf dem Standpunkt, daß die Rüstungskontrolle für alle Staaten gleichmäßig ist und erklärt, ihr nur zustimmen zu können, wenn die hochgerüsteten Staaten wirklich zu Rüstungsüberwachungen schreiten. Unklar bleibt, ob diese Rüstungsverminderungen sofort oder erst in einer gewissen Zeit erfolgen sollen. Zweifellos ist die vorsichtige Formulierung gewählt, um den deutschen Vertretern eine gewisse Verhandlungsfreiheit zu sichern. Inmitten zeigt sich in diesen Erklärungen nicht die Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich, das bisher entschieden ablehnt, die Rüstungskontrolle auch nur mit der Zusage einer Abrüstung zu verbinden.

Der französische Journalist Jules Sauerwein hatte eine Unterredung mit dem Propagandaminister Dr. Göbbels. Dieser sprach von den „Vorjagen Frankreichs“ und hat verstanden, daß er früher in seinem „Angriff“ drucken ließ, die Franzosen seien die Affen Europas. Zur Frage Krieg oder Frieden sagte Göbbels:

Ich kann nicht verstehen, weshalb uns das Ausland kriegerische Bestrebungen vorwirft. Im Mai vor dem Reichstag und noch jetzt auf dem Nürnberger Parteitag hat der Kanzler unumwunden erklärt, daß wir nicht die geringste kriegerische Absicht hätten. Wir wollen keinerlei Eroberungen. Wir sind mindestens ebenso friedfertig wie jede bürgerliche Regierung.

Er erlaubte, den kommunistischen und sozialdemokratischen Wahlselbstanz zu unterdrücken. Er ließ bei vielen Wählern eine wahre Panik vor der „kommunistischen Gefahr“ entstehen und verließ die Regierung der Nationalsozialisten, die seit November 1932 an Zahl zurückging, mit einem ausreichenden Wählerzuwachs, um eine absolute Herrschaft aufzurichten zu können. Es ist also nicht zweifelhaft, daß die deutsche Regierung die Verhandlungen in Leipzig gewollt hat, um sich zu legitimieren.

Ueber den Beginn des Prozesses schreibt der „Temps“: „Bevor man sich über diese erste Sitzung Rechenschaft gibt, ist es angebracht zu betonen, daß das Leipziger Gericht und die deutschen Behörden voller Eifer sind, die Weltmeinung zu beruhigen. Von 123 Journalisten, die zu den Verhandlungen zugelassen sind, gehören 82, das sind genau zwei Drittel, der ausländischen Presse an, nur ein Drittel vertritt die deutsche Presse.“

Gestern Abend hat Dr. Parifius, der neben dem Generalstaatsanwalt Werner die Anklage vertritt, den ausländischen Journalisten eine juristische Abhandlung übergeben, welche die hauptsächlichsten Regeln des deutschen Strafverfahrens darlegt. Diese Regeln wären in der peinlichsten Weise angewandt worden. So seit von den sechs Strafkammern des obersten Gerichts automatisch, auf Grund des Anklagebuchstabs des Hauptangeklagten, die vierde gewählt worden. Dieser Gerichtshof urteilt in erster Instanz nur über gewisse Klagen, die auf Hochverrat schließen lassen. Der Reichstagsbrand, dem drei andere Verbrechen der Brandstiftung vorangingen, wird als ein solcher Fall angesehen, da er das Signal zu einem kommunistischen Aufstand geben sollte. Diese Kennzeichnung beweist also, daß man schon vor Beginn des Prozesses geahnt hat, auf Grund des bloßen Ergebnisses der Voruntersuchung, den Schluß ziehen zu können, daß dieses Komplott bestanden hat.

Lubbe „nahezu idiosch“

Die englische Presse zum Leipziger Prozeß

London, 22. Sept. Mit Ausnahme des sozialistischen „Daily Herald“ sind alle namhaften Londoner Morgenblätter bei der Leipziger Verhandlung durch ihre Sonderkorrespondenten vertreten. Die eingehenden Schilderungen des gestrigen ersten Verhandlungstages, die von Fotografien begleitet sind, werden an erster Stelle veröffentlicht. Im allgemeinen zeugen die Berichte von dem Bestreben nach sachlicher Darstellung, obwohl manche Bemerkungen zeigen, daß es dem Engländer schwer fällt, sich an die Eigenheiten eines deutschen Gerichtsverfahrens zu gewöhnen, das sich von einem englischen beträchtlich unterscheidet. Bei der Schilderung der Vernehmung des Hauptangeklagten wird besonders sein häufiges öfliches Lächeln erwähnt. Allgemein wird berichtet, von der Lubbe mache den Eindruck eines unentwickelten, kindischen und nahezu idiotischen Menschen. Die Frage, ob es sich dabei um Verstellung handelt, wird offen gelassen. Der „Times“-Korrespondent bemerkt: Wenn dieser 23jährige Holländer nicht der Geisteschwache ist, als der er nach seinem Aussehen und Benehmen erscheint, dann muß er ein vollendeter Schauspieler sein. Mehrere Korrespondenten behaupten, daß Suggestivfragen an den Angeklagten gerichtet worden seien.

Ein nationalsozialistisches Deutschland ist eine ebenso gute Garantie für den Frieden, wie ein bürgerliches Deutschland. Ein Kanzler, sowie Minister, die selbst den Krieg mitgemacht haben und die noch einmal daran teilnehmen würden, würden sich schwer dazu entschließen, einen neuen zu entfesseln...“

In Hitlers „Mein Kampf“ steht aber noch immer, daß die Niederwerfung Frankreichs, und zwar durch Krieg, das Ziel jeder deutschen Außenpolitik sein muß. Uebrigens ist es eine lächerliche Komödie, jemanden einreden zu wollen, Hitler und seine Minister — der dienstuntaugliche, nicht marschfähige Göbbels voran — trügen bei einem neuen Kriege in der Front selbst ihr Leben zum Markte.

Zur Judenfrage lag Göbbels, man habe einem Ausdruck der Volkserbitterung zuvorkommen müssen, da die Juden Kunst und Wissenschaft, sogar „alle Kranfensäufer“ in Deutschland beherrschten. Wenn es so gewesen wäre, wärd ein Armutszeugnis für ein Volk von 65 Millionen, das sich von 600 000 geistig unterworfenen läßt. Das ist nicht so war, wärd niemand besser als Göbbels. Der Antisemitismus wurde eine große Volksbewegung, weil die Göbbels und Hitler planmäßig und wahrheitswidrig alle Schuld an der kapitalistischen Katastrophe Deutschlands den „Juden und Marxisten“ zuschoben. Mit derselben Skrupellosigkeit werden sie nächstens das ganze Volk gegen Frankreich aufwühlen und in einen Krieg heben, wenn sie es für zweckmäßig halten.

Der Kampf um die Abrüstung

Die Entscheidung fällt in Genf

Brüssel, 22. Sept. (Eig. Mitg.) Trotz der gesteigerten diplomatischen Aktivität der letzten Tage ist es noch immer nicht gelungen, den Gegensatz der französischen und englischen Auffassung in der Kontrolle und Abrüstungsfrage zu besänftigen. Obwohl die Pariser Presse, wenn auch in bemerkenswert vorsichtiger Form, weiterhin einen gewissen Optimismus zur Schau trägt, und obwohl die Times offenbar als Dolmetscherin der Auffassung gewisser Kreise in Foreign Office, ebenfalls einen den Franzosen entgegenkommenden Ton anschlägt, bleibt es dabei, daß England einer Kontrolle nur dann zustimmen kann, wenn ein positiver Erfolg der Abrüstungskonferenz gesichert wird. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die heutigen Besprechungen in Paris, an denen Simon, Eden, Cadogan und Baldwin teilnehmen, zu einem Ergebnis führen. Dazu ist die Zeit viel zu kurz geworden. Die englischen Minister werden bereits heute Abend nach Genf weiterreisen, das ungeachtet der Vorbereitungen der letzten Tage der einzige Ort einer wirklichen Entscheidung bleibt.

Reichstagsprozeß in Leipzig

Lubbe erklärt nicht Kommunist zu sein - Ein wirrer Landstreicher

Fortsetzung aus Nr. 81

Erster Verhandlungstag

Während der Vernehmung des Angeklagten van der Lubbe stellt Senatspräsident Büniger fest, daß der Pakt, der van der Lubbe bei seiner Verhaftung abgenommen wurde, unzweifelhaft echt war. Auf der Fotografe, die ihm gleichfalls abgenommen wurde, ist er gemeinsam mit seinem Reisegefährten Belgara abgebildet. Dieser Reisegefährte hebt auf dem Bilde die Hand zum Rotfrontgruß. Das deutet darauf hin, daß auch er Kommunist war. Die Frage, ob er überhaupt nach Rußland gekommen sei, verneint der Angeklagte. Er habe die Einreiseerlaubnis beantragt, aber es sei nichts daraus geworden, weil die Kosten zu hoch gewesen seien.

Oberreichsanwalt Dr. Werner: Es ist behauptet worden, daß der Reisegefährte des Angeklagten sich von ihm getrennt habe, weil zwischen den beiden Differenzen ausgebrochen waren. Der eine hatte dem anderen vorgeworfen, daß er die Gelder aus dem Erlös der Postkarten unterschlagen hätte.

Van der Lubbe: Nein, das war nicht der Grund. Solche Differenzen über Geld sind allerdings vorgekommen, aber die Trennung erfolgte durch einen selbständigen Entschluß meines Reisegefährten. Auch über politische Fragen hätten sie sich nicht veruneinigt.

Der Vorsitzende kommt nochmals auf die Echtheit des Passes zu sprechen, die wegen der Schreibweise Lubbe angezweifelt worden sei, und fragt den Angeklagten, wie denn das „ü“ auf der Außenseite des Passes hineingekommen sei.

Van der Lubbe: Die ü-Punkte sind in Berlin im Aufdruck angebracht worden von einem, der gehört hat, daß ich Van der Lubbe genannt werde und der deshalb meinte, die Schreibweise van der Lubbe sei falsch.

Es kommen dann einige Briefe zur Sprache, die an den Angeklagten von der Lubbe gerichtet worden sind. In dem einen heißt es: Wir sieben alle neben Dir. Wegen die Sie der Bonzen. In einem zweiten Brief teilt jemand mit, daß es seine Aufgabe sei, im Namen des internationalen Proletariats, das mit den Ansichten von der Lubbes solidarisch sei, brüderliche Grüße zu übermitteln.

Präsident Dr. Büniger fragt den Angeklagten, was das für Kameraden seien und ob es sich dabei um Kommunisten handele. Der Angeklagte gibt darauf keine klare Antwort.

Vorsitzender: Sind Sie eigentlich Kommunist? Angeklagter: Nein!

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß er doch den Sowjetstern und ein kommunistisches Mitgliedsbuch besessen habe. Der Angeklagte müsse unterzeichnen, ob er nur aus der Organisation ausgetreten sei, oder ob er die kommunistische Idee aufgegeben habe. Aber darüber, betont der Vorsitzende, werden Sie uns später noch etwas zu sagen haben.

Als erster Zeuge wird dann der Polizeikommissar Heißig aufgerufen, der die Ermittlungen nach der Echtheit des Passes beim Bürgermeisteramt in London angeht hat. Auch nach den Auslagen des Zeugen bestätigt sich die Echtheit des Passes.

Sein Lebenslauf

Es wird dann ein Schreiben verlesen, in dem die Polizeiverwaltung von London dem Berliner Polizeipräsidenten auf dessen Anfrage eine ausführliche Schilderung des Lebenslaufes von der Lubbe vermittelt. Danach ist van der Lubbe als 17jähriger Junge der Fürsorge eines holländischen Vereins unterstellt worden, der die Verbrechertum veranlagten Kinder unter Aufsicht nahm. Im Anfang des Jahres 1928 kam er in die Gesellschaft eines holländischen kommunistischen Studenten. Man darf annehmen, so heißt es in dem Polizeibericht, daß dieser Student van der Lubbe das ABC des Kommunismus beigebracht hat. Van der Lubbe verstande allmählich ein Führer der Kommunisten zu werden und vor allem unter den Arbeitslosen Anhang zu bekommen. „Van der Lubbe tritt“, so heißt es weiter, „sehr frech und rücksichtslos gegen die Polizei auf, mit der er verschiedene Male in Konflikt geriet. Anfang 1931 läßt sein Einfluß unter den Arbeitslosen nach. Vermutlich im März 1931 verläßt er die kommunistische Partei. Im Winter 1931 veranfaßte er wieder Versammlungen und gehört jetzt anscheinend einer Gruppe internationaler Kommunisten an.“

Der „Politiker“

Vorsitzender: Sollten Sie die Politik und die Parteien des Auslandes kennen lernen?

Angeklagter: Nein.

Vorsitzender: Sie haben sich doch bei verschiedenen Gelegenheiten um die Politik gewisser Parteien gekümmert. In Berlin-Rußland haben Sie Anschluss gesucht und sogar auf der Straße Gespräche politischer Art angefangen. Ist das richtig?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Haben Sie dabei über Politik gesprochen?

Van der Lubbe: Nicht viel!

Der Oberreichsanwalt fragt den Angeklagten, ob er, als er nach Rußland wollte, nachher erzählt habe, daß er überfallen und angehalten worden sei. Der Angeklagte gibt das zu und erklärt, er habe das nur erzählt; es sei aber Schwindel gewesen.

Vorsitzender: Sie wollten sich also durch solche Schanermärchen wichtig machen! Es ist behauptet worden, daß Sie in Brockwitz mehrere Nächte lang von Nationalsozialisten eingewickelt worden seien, weil Sie sich als Nationalsozialist ausgegeben hätten. Ist das richtig?

Angeklagter: Nein.

Vorsitzender: Haben Sie sich jemals als Nationalsozialist betätigt oder so getan, als ob Sie Nationalsozialist wären?

Angeklagter: Nein, niemals.

Gast der Nationalsozialisten?

Der Zeuge Bahmeyer Sommer von Brockwitz in Sachsen führt aus, daß am 7. August ein Mann zu ihm kam und um eine Uebernachtung bat. Er erklärte, daß er Nationalsozialist sei und führte wirre Reden, etwa des Inhalts, daß zum 1. Oktober der Bürgerkrieg ausbrechen werde. Sommer führte den Mann in die Gastwirtschaft, wo er übernachtete und früh morgens verschwand, ohne die Zechen zu bezahlen. Sommer erkrankte und erhielt dann später den Bescheid, daß der Mann gefast und bestraft worden sei. Es handelte sich um einen Mann namens Barae.

Der Vorsitzende stellt dann die Frage, was das Lachen des Angeklagten bedeuten sollte. Van der Lubbe erklärte, wegen der Verhandlung!

Vorsitzender: Erscheint Ihnen diese so komisch?

Angeklagter: Ja.

Der Zeuge Bürgermeister Reil von Brockwitz erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden, er habe nach seiner ersten Besprechung mit Bahmeyer Sommer den Eindruck gehabt, daß der von Sommer beherbergte Mann der Reichstagsbrandstifter Lubbe gewesen sei.

Beifügter Reichsgerichtsrat Goenders: Ihnen ist doch bekannt, daß in der Linkspresse behauptet worden ist, die Reichstagsbrandstiftung sei von Nationalsozialisten begangen worden. Haben Sie damals das Material für diese Behauptung geliefert? Sie waren doch Sozialdemokrat.

Zeuge Reil: Ich war zwar Sozialdemokrat, aber ich habe diese Behauptung nicht verbreitet.

Vorsitzender: Das geht auf Ihren Eid.

Verteidiger Dr. Sack: In einem Telegramm, das der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dohbert Dresden an die Leipziger Reichsanwaltschaft am 4. März 1933 gerichtet hat, heißt es: Brandstifter im Reichstag Marinus van der Lubbe hat in der Nacht vom 1. Juni 1932 laut Eintragung im Uebernachtungsbuch in der Gemeinde Wörne übernachtet. Er hat sich führenden Nationalsozialisten in Brockwitz und zwar dem Gemeindevorordneten Sommer von der NSDAP, sowie dem Gärtnereibesitzer Schumann von der NSDAP, gegenüber als Nationalsozialist ausgegeben. Er ist von dem nationalsozialistischen Gemeindevorordneten Sommer tagelang verpflegt worden und ist dann verschwunden. Er hat dem Sommer gegenüber Äußerungen getan, daß in Deutschland demnächst der Bürgerkrieg ausbrechen werde. Die NSDAP aber sei auf alles gerichtet. — Herr Zeuge, haben Sie in diesem Sinne, wie es das Telegramm wiedergibt, mit dem Abgeordneten Dohbert gesprochen?

Zeuge Reil: Nein, ich habe nichts von dem Telegramm gewußt, ich habe Dohbert gefragt, was er machen will. Dohbert hat gesagt, er wisse selbst noch nicht, was er tun werde.

R. A. Dr. Sack: Haben Sie Dohbert für die im sächsischen Landtag eingebrachte Interpellation die Unterlagen gegeben? — Zeuge Reil: Nein, ich habe ihm das Material nicht gegeben.

Dr. Sack: Ist nicht an demselben Tage nachmittags von Ihnen ein Flugblatt von der SPD. herausgegeben worden und haben Sie das nicht mit Dohbert besprochen? — Zeuge Reil: Nein.

Vorsitzender: Auf Seite 5 des Brauchbuchs heißt es: „Nach einer Mitteilung der sächsischen Behörden fiel ihm jener van der Lubbe dadurch auf, daß er von der bevorstehenden Revolution sprach. Es steht einwandfrei fest, daß van der Lubbe im Juni sich in Sörmwitz aufhielt und dort durch den Nationalsozialisten Sommer verpflegt wurde. Zeugen haben auch zu Protokoll gegeben, daß er sich als Nationalsozialist betätigt habe. Der sächsische Minister wurde davon benachrichtigt, aber von der Reichsregierung sind weitere Ermittlungen in dieser Sache verboten worden.“ Waren die durch Flugblätter verbreiteten Reden dieser Art auf das von Ihnen gegebene Material gestützt?

Zeuge Reil: Als ich das Flugblatt gesehen habe, habe ich gleich gesagt: Es ist eine Unwahrheit, was hier geschrieben wird.

Oberreichsanwalt Dr. Werner: Haben Sie heute noch irgendeinen Anhalt dafür, daß der von Sommer verpflegte Mann van der Lubbe war?

Zeuge Reil: Ich bin heute davon überzeugt, daß es von der Lubbe nicht gewesen ist.

Van der Lubbes „Ueberzeugung“

Der Vorsitzende geht nunmehr zur Vernehmung des Angeklagten über seine politischen Auffassungen über. Die Frage des Vorsitzenden, ob er die kommunistischen Ziele gebilligt habe, beantwortet van der Lubbe mit ja. Auf die weitere Frage, ob er für Abänderung der Staatsform gewesen sei, antwortet der Angeklagte mit nein.

Vorsitzender: Was wollten Sie denn überhaupt erreichen?

Van der Lubbe: Schmeißen!

Der Oberreichsanwalt greift darauf ein und empfiehlt, diese Fragen dem Angeklagten verdolmetischen zu lassen, da er sie vielleicht nicht richtig verstanden habe. Der Dolmetscher legt dem Angeklagten eine entsprechende Frage vor, worauf eine Antwort aber nicht erfolgt.

Vorsitzender: Dann sagen Sie uns doch einmal auf holländisch Ihre Auffassung von der Politik, die Sie verfolgt haben.

Angeklagter: Das kann ich nicht.

Der Vorsitzende stellt nun eine ganze Reihe von Fragen, um aus dem Angeklagten van der Lubbe herauszubekommen, ob und wann er sich als echter Kommunist gefühlt habe, und ob und wann er aus der kommunistischen Bewegung ausgeschieden sei. Die Antworten des Angeklagten sind knapp und verworren. Auf weitere Fragen gibt der Angeklagte an, daß er in Holland kommunistische Flugblätter und Zeitschriften zwar nicht selbst verfaßt, aber verteilt habe.

Vorsitzender: 1929, als diese Zeitschriften verteilt wurden, waren Sie also Kommunist. Waren Sie es auch noch im Jahre 1931?

Angeklagter: Nein.

Vorsitzender: Waren Sie es 1930? — Angeklagter: Nein. — Vors.: Sie sind also schon vorher öfter ein- und ausgetreten? — Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Aus welchen Gründen sind Sie denn ausgetreten?

Angeklagter: Aus persönlichen Gründen.

Vorsitzender: Können Sie diese Gründe nicht bestimmter angeben?

Angeklagter: Das kann ich nicht sagen.

Vorsitzender: Sind Sie vielleicht Anarchist gewesen?

Angeklagter: Nein.

Gegen 2.30 Uhr schließt der Vorsitzende die erste Sitzung des Prozesses mit der Mahnung an den Angeklagten, sich bis morgen zu überlegen, was er als Grund seines Austritts aus der kommunistischen Partei angeben wolle.

Die zweite Sitzung am Freitag und alle weiteren Sitzungen des Prozesses sollen um 9.30 Uhr beginnen.

ich Zörgler vor dem Richterpruch reiten kann, der ihm droht. . . Ich bin überzeugt, daß das Gericht Zörgler nicht verurteilt, nachdem ich die Akten des Prozesses genau geprüft habe.

Die entscheidenden Minuten

Ein Rekord im Brandstiften

Es werden uns weitere Einzelheiten aus der Anklageschrift des Leipziger Reichstagsbrandprozesses bekannt. Um davon abzulenken, daß van der Lubbe Reichstagsbrandstifter bei seiner Brandstiftung gehabt haben muß, verliert die Anklageschrift eine Kombination zu schaffen, als ob van der Lubbe längere Zeit zur alleinigen Durchführung der Brandstiftung gehabt habe. Es wird so dargestellt:

Die erste Beobachtung der Brandstiftung wurde von einem Passanten zwischen 9.05 und 9.08 Uhr gemacht. Ungefähr 9.15 Uhr ist die Feuerwehr abgerückt und war ungefähr 9.18 Uhr oder 9.20 Uhr an der Brandstelle. Zwischen 9.05 und 9.08 Uhr war van der Lubbe die Auhensfassade hochgeklimmt und in den Reichstag eingestiegen. Dann sei er im Reichstag herumgerannt und hätte den Brand angezündet. Die Feuerwehr sei ungefähr zwischen 9.14 und 9.15 Uhr alarmiert worden. Gegen 9.20 Uhr sei schon die Feuerwehr angekommen, um 9.17 Uhr die erste Polizei. Ein Portier des Reichstages sei mit Polizei ungefähr um 9.25 Uhr einabgedrungen und ungefähr 9.30 Uhr durch den Reichstag gerannt. Nun soll van der Lubbe zwischen 9.05 und 9.30 Uhr Zeit gehabt haben, im Reichstag das Feuer zu legen.

Natürlich ist es lächerlich, daß von 9.05 Uhr, als van der Lubbe angeblich in den Reichstag einstieg, bis 9.15 Uhr, als bereits die Feuerwehr alarmiert wurde, van der Lubbe die zahlreichen Brandherde gelegt haben kann. Der halbblinde Mann, der noch dazu das Innere des Gebäudes nicht kannte, soll binnen sieben Minuten zustande gebracht haben, daß der Reichstag in Flammen aufging.

Die Anklageschrift behauptet ferner zur Entlastung Göring, im unterirdischen Gang sei ein Wächter und im Kesselhaus sei ein Heizer gewesen, die niemand in den Gang eindringen lassen. Es ist klar, daß die Nazi-Brandstifter nicht durch das Kesselhaus, sondern durch das Palais des Reichstagspräsidenten Göring in den unterirdischen Gang gekommen sind und daß sie gerade dann den unterirdischen Gang benutzen konnten, wenn der Wächter, falls er nicht ein falscher Zeuge ist, gerade nicht anwesend war.

Muchow

Ein Wort an die „Deutschen Christen“

Vor einigen Tagen ist einer der Hauptführer der „Deutschen Arbeitsfront“, Muchow, in Gegenwart des Säufers Dr. Rey von dem besoffenen Sturmangriff Wehring erschossen worden. Noch immer unterläßt die gesamte deutsche Presse dem deutschen Volke die Tatsache, daß es sich hier um ein gewöhnliches Eifersuchtsdrama im Zerkrausch handelt. Der ermordete Muchow ist einer der Hauptverantwortlichen für die Folterungen, einer der Hauptschuldigen für die Aus Hungerrung von tausenden marxistischen Funktionären mit Frauen und Kindern. Von der Robheit des Feindes von einem seiner Kumpane erschossenen Menschen zeugt folgender Ausruf, der verdient, nicht in Vergessenheit zu geraten:

Liste der Geächteten

Verschiedene Vorkommnisse in letzter Zeit veranlassen uns, hiermit folgendes anzunordnen:

Die Verbandsleiter des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiterverbände reichen mir bis spätestens Ende dieser Woche eine Liste ein, auf der alle die ehemals führenden Marxisten in den Gewerkschaften aufgeführt sind, um sie auf eine von mir zu schaffende „Liste der Geächteten“ zu legen. Diese Liste, auf der sich wahrscheinlich einige tausend Namen befinden werden, soll gedruckt und den entsprechenden Stellen, wie Arbeitsämtern, Ministerium, Arbeitgeberverbänden usw., also allen den Organisationen, die in direktem Verkehr mit der deutschen Wirtschaft stehen, übermittelt werden, damit diese ehemaligen führenden Marxisten in keiner Weise mehr Arbeit erhalten. Ich lege den Verbandsleitern besonders ans Herz, daß sie ohne falsche Rücksichtnahme und Weichherzigkeit die wirklich bösen Burschen mir namhaft machen. Es sollen lediglich diejenigen ausgeschlossen werden, die mindere Posten bekleidet haben, und an sich verläßt waren oder unter dem Druck ihrer Oberbungen standen.

Geist Gitterl
Muchow.

Nicht wahr, ein sehr christlicher Ausruf? Darum hat auch der Herr evangelische Bischof am Grabe so schön gepredigt über den „Diemann Gottes“.

Es wäre richtiger gewesen, wenn der Herr Bischof seiner Grabrede das Bibelwort unterlegt hätte: „Die Rache ist mein, spricht der Herr, ich will vergelten“.

Wie die Frommen sagen, mahlen Gottes-Röhren langsam, aber sicher. Manchmal scheinen sie aber sehr rasch zu mahlen.

Byzantinismus vernichtet die Völker!

Blinde Gefolgschaft, kritische Verberrlichung des Führers oder der Führung wäre ein Byzantinismus nur in veränderter Form, wie er zu allen Zeiten früher oder später nicht nur die Fürsten und Despoten, sondern im Anschluß daran auch die Völker zurandegerichtet und die Volksidee für lange Zeit oder für immer verdunkelt und damit auch die Zukunft des betreffenden Volkes der Verkümmernng oder Vernichtung zugeführt hat.

Der Nationalsozialist Graf Reventlow
in seiner Schrift „Deutscher Sozialismus“

Torglers Unschuld erwiesen?

Eine Erklärung Dr. Sacks

London, 9. Sept. (Impress). Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht das Interview seines Sonderkorrespondenten mit dem Verteidiger des Reichstagsabgeordneten Torgler Dr. Sack in London. Demnach hat Dr. Sack u. a. erklärt:

„Ich bin durchaus überzeugt, daß Torgler unschuldig ist und daß er nicht das mindeste von der Welt mit dem Reichstagsbrand zu tun hat. Ich betrachte Torgler als einen Mann von großer Redlichkeit, harter Ueberzeugung und außerordentlicher Berühmtheit. Ich hoffe nicht nur — ich glaube sogar, daß

15 000 neue Pöstchen

Das Ende der Konsumvereine

In ihrem Parteiprogramm haben die Nationalsozialisten dem Mittelstand „sofortige Kommunalisierung der Warenhäuser“ versprochen. Aber weder „sofort“, noch nach 7 Monaten Hitlerregierung ist die Nazi-Regierung an die Durchführung ihres Versprechens gegangen. Im Gegenteil: In den Ausschüßräten der Warenhauskonzerne sitzen heute Nationalsozialisten neben leidhaftigen Juden und die „warenhäuserfeindliche“ Reichsregierung gab dem Diebstahl einen Millionenkredit.

Die nationalsozialistischen Agitatoren hatten den Mittelstand in freier Erweiterung des Programms zum „Kampf gegen Warenhaus, Filialgeschäft und Konsumverein“ aufgerufen. Die Warenhäuser werden jedoch von der Regierung amtlich geschützt, der nationalsozialistische Boykott gegen die aufgegebenen Konzerne ist im Abflauen und die Leiter der Filialgeschäfte sitzen in der Leitung des (noch nicht endgültig genehmigten) „Handelsverbandes“, ja sie stellen sich in die erste Reihe des Kampfes gegen die Konsumvereine. Die Kleinbändler helfen prompt auf dieses Ablenkungsmanöver herein, trotzdem gerade die Filialgeschäfte, die an jedermann verkaufen dürfen und nicht, wie die deutschen Konsumvereine, nur an ihre Mitglieder, eine viel schwerere wirtschaftliche Bedrohung des selbständigen Kleinhandels darstellen. Die aufgeschreckten Kleinbändler forderten Verschlagung der Konsumvereine.

Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt jedoch hat sich in aller Schärfe gegen die Konsumvereinefeindlichen Aktionen gewandt. 12 bis 15 Millionen Verbraucher leben in den deutschen Konsumvereinen organisiert, 25 Millionen Mark Spargelder seien bei einer Verschlagung der Genossenschaften gefährdet, sie könne leicht zu einem Ruin auch auf die öffentlichen Sparkassen und zu einer neuen Kreditkrise führen. Die Deutsche Arbeitsfront, die systematisch Sozialisten aus den Genossenschaftsbetrieben herausgeworfen und Nationalsozialisten in ihnen untergebracht hatte, mußte sich für den Schutz der Arbeitsstätte ihrer Parteigenossen einsetzen. Und schließlich war das Reich der Hauptgläubiger der Konsumgenossenschaften und fürchtete für sein Geld.

Der „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ ließ sich jedoch dadurch nicht stören und arbeitete gegen den Willen der Regierung weiter. Die Regierung konnte die fortgesetzten Einzelfaktionen und die Agitation des nationalsozialistischen Mittelstandes gegen den nationalsozialistischen Wirtschaftsmittelstand schließlich nur durch Auflösung des Kampfbundes unterbinden.

Diese Auflösung und der Brief Schmitts werden zu einer großen Propagandawelle für die „arbeiterfreundliche“ Regierung unter der Arbeiterschaft ausgeht. Doch genau 14 Tage nach dem überschwenglichen Lob der „Konsumvereineerhaltenden“ Regierung beschloß der „Kleine Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront“: „Für Zeiten der Not und höchsten Kraftanstrengung der Nation“, für Kriegzeiten, braucht der Staat „einen organisierten Verteilerapparat“. Deshalb soll der Rahmen der Konsumorganisation erhalten bleiben. Die 15 000 Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften aber werden an bevorzugte nationalsozialistische Händler verpackt, die damit eine Existenzsicherung erhalten; denn ein Austritt aus den gleichgeschalteten Genossenschaften wird schwer bestraft. Der Händlergewinn, der einst den Verbrauchern zugute kam, fließt jetzt in die Tasche der 15 000 Nationalsozialisten. Da die Händler verpflichtet werden sollen, ihre Waren bei der Zentralgenossenschaft GGG zu beziehen, sind zwar die Spargelder der Mitglieder gesichert, mit der Auslieferung der 15 000 Warenverteilungshellen an geschworene Konsumvereinefeinde sind die Selbsthilfeorganisationen der deutschen Arbeiterschaft jedoch praktisch zerschlagen.

„In Kürze“ soll mit dieser Verschlagung bei den einzelnen Konsumvereinen begonnen werden. Der Nürnberger Kongress der NSDAP hat diese Maßnahme ausdrücklich bekräftigt. Die Nationalsozialisten schätzen das Warenhauskapital, aber enteignen das Kollektiveigentum der Arbeiterschaft.

Die Lohnsumme gesunken

Statistik auf Krücken

Der scharfe Widerspruch, der zwischen der von der deutschen Statistik behaupteten großen Senkung der Arbeitslosenlöhne auf der einen und dem gleichzeitigen Rückgang der Lohnsteuer auf der anderen Seite besteht, und der an dieser Stelle schon angedeutet wurde, ist so offenkundig, daß auch die deutsche Wirtschaftspresse sich einer Erörterung dieser Frage nicht entziehen kann. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 218 vom 16. ex. gibt jetzt eine genaue Aufstellung der Lohnsteuerergebnisse in den einzelnen Monaten des Jahres 1933 und erklärt hierbei: Das Lohnsteuerertragsvermögen eines Monats bemißt sich nach den im gleichen Monat, äußersten Falls nach den am Ende des Monats ausbezahlten Gehältern und Löhnen. Die Lohnsteuer paßt sich also unmittelbar an die Entwicklung des Arbeitsmarktes und damit der Konjunktur an. Es erscheint daher nicht unzumutbar, die Entwicklung des Lohnsteuerertragsvermögens im laufenden Jahre zu untersuchen, wobei zum Vergleich auch die entsprechenden Zahlen des Vorjahres herangezogen werden sollen.

In ganz Deutschland betrug das Lohnsteuerertragsvermögen in Millionen Reichsmark:

	1933	1932	1933 gegenüber 1932
Januar	65 296	79 880	weniger 14 584
Februar	58 598	67 716	„ 9 118
März	58 832	64 432	„ 6 100
April	60 490	66 004	„ 6 105
Februar bis April	177 420	198 752	„ 21 332
Mai	61 522	65 926	„ 4 404
Juni	60 363	64 215	„ 3 852
Juli	61 254	64 092	„ 3 728
Mai bis Juli	183 140	195 138	„ 11 994

Zu dieser scharfen Senkung der Gesamtlohnsumme in Deutschland, die natürlich auch eine entsprechende Verminderung der Kaufkraft bedeutet, wird erklärt: hinnägelhaft: „Angesichts der Tatsache, daß dieses Jahr wesentlich mehr

Menschen wieder in Arbeit stehen als in der gleichen Zeit des Vorjahres, erscheint es zunächst auffallend und im Widerspruch mit den obigen Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung liegend, daß das Lohnsteuerertragsvermögen im laufenden Jahre durchwegs, selbst noch im Juli, niedriger ist, als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Die wirkliche Ursache dieser Erscheinung dürfte darin liegen, daß gegenüber dem Vorjahre noch Lohnkürzungen namentlich in Form der Arbeitszeitverkürzung erfolgt sind.“

Daß unmittelbar und noch mehr mittelbar auf dem Wege der Arbeitskürzung ein sehr harter Lohnabbau erfolgt ist, dürfte zugegeben sein. Bei der gleichen Zahl der Beschäftigten, wie im Vorjahre, würde sich allenfalls auch auf diese Weise der in den Steuerziffern zum Ausdruck kommende Rückgang der Lohnsumme erklären lassen. Unerklärlich jedoch bleibt nach wie vor, daß bei einem solchen Rückgang der Gesamtlohnsumme noch etwa zwei Millionen Erwerbslose — so hoch etwa ist die von der deutschen Statistik angegebene Senkung der Arbeitslosenziffer — beschäftigt und gesund haben sollen. Der Widerspruch zwischen dieser angeblichen Senkung der Arbeitslosigkeit und der von der deutschen Statistik selbst zugegebenen Schrumpfung der Lohnsumme bleibt unaufklärbar, denn die Richtigkeit der einen Feststellung würde die der anderen zwingend ausschließen. Noch unlösbar schließlich erscheint die Frage, wie die immer wieder gemeldete Velebung der deutschen Gesamtwirtschaft in diesem Zeiden einer zunehmenden Schrumpfung der Lohnsumme und der Volksauftrakt erfolgt sein soll. Die Widersprüche in der deutschen Statistik werden immer grotesker, und es gehört schon ein gehöriges Maß von Naivität dazu, wenn die Berliner Stellen wirklich annehmen sollten, daß die internationale Wirtschaftskritik ihren Angaben unter diesen Verhältnissen noch irgendwie Vertrauen entgegenbringt. Jean Severin.

Deutschlands Niedergang

Bericht des englischen Handelsattachés in Berlin

Die englische Tagespresse bepricht mit großer Ausführlichkeit den letzten Bericht des Handelsattachés bei der britischen Botschaft in Berlin H. R. Thelwall über die deutschen Wirtschaftszustände, von denen der Sachverständige, ein außerordentliches Bild entwirft.

Das Hauptproblem sieht Thelwall in der Arbeitslosigkeit. Er stellt fest, daß die einzige Hoffnung der Regierung die Privatinitiative ist, die sie auf jede Weise beim Bau von Autostraßen und durch Steuererlässe als Lohn für Produktionsausbehnung fördert und begünstigt. Daraus ergibt sich für die Jahre 1934 und 1935 eine Zahl von 740 Millionen Mark. Hauptquelle der Bekleidung ist aber in Deutschland die Industrie, deren Entwicklung vom Außenhandel abhängt. Seit 1929 ist die Gesamtsumme der deutschen Export- und Ausfuhr katastrophal gesunken. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres allein aber beträgt der Rückgang etwa 18 Prozent und der Ausfuhrüberschuß ist seit 1932 von 400 Millionen auf 203 Millionen gesunken. Dabei erlitt der englisch-deutsche Handel eine besondere starke Einbuße. Die englische Einfuhr nach Deutschland betrug im ersten Viertel des Jahres 1933 nur noch 57 Millionen, während im Jahr 1931 im ganzen für 453 Millionen Waren aus England nach Deutschland gingen. Die entsprechenden Zahlen für die deutsche Ausfuhr nach England sind 80 Millionen für das erste Vierteljahr 1933 und 1134 Millionen für das Jahr 1931. Während die deutsche Ausfuhr um 14 Prozent sank, verlor die englische nur 7 Prozent. Auch Ausland, bisher Deutschlands bester Markt, hat weniger gekauft, nämlich in diesem ersten Vierteljahr nur für 80 Millionen gegen 181 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Thelwall sieht in den autarkischen Tendenzen, die von der gegenwärtigen Regierung gefördert werden, die Hauptursache des Wirtschaftsrückgangs. Als Wirkung sieht er eine allgemeine Senkung des Niveaus der Lebenshaltung voraus. Im Wirtschaftsverkehr mit Deutschland mahnt er zu abwartender Vorsicht.

Auch Sozial- und Kriegsrentner werden bes'ohlen

In einem Erlaß des Reichsarbeitsministers wird festgestellt, daß nunmehr auch die Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz und den sonstigen Militärversorgungsgesetzen ruhen, solange der Bezugsberechtigte ohne Zustimmung der obersten Reichsbehörde seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb des Deutschen Reiches hat.

Für Empfänger von Versorgungsbezügen nach solchen Gesetzen, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland haben oder ihn dorthin verlegen, wird solange die Anschrift dem Versorgungsamt bekannt ist, die Zustimmung vorbehaltlich eines Widerrufs allgemein erteilt. Die Versorgungsbezüge sind daher in diesen Fällen weiter zu zahlen. Wenn im Einzelfall Umstände bekannt werden, wonach die Zahlung nicht mehr angebracht erscheint, z. B. Betätigung gegen deutsche Verlang oder Strafverfolgung durch deutsche Behörden, dann soll an das Arbeitsministerium berichtet werden.

Da an Beamte, die ins Ausland geflüchtet sind, und die auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen werden, keine Entlassungsurkunde angehängt werden kann, wird ihre Entlassung durch öffentliche Zustellung im Reichsministerialblatt vollzogen.

Verstärkte Luftschutzrüstungen

Die uns aus Dresden berichtet wird, sind dort in der letzten Woche ganz allgemein in den Dachräumen auf obliegende Weise hin Sandläcke und Wassereimer zu Lößzwecken im Falle von Luftangriffen untergebracht worden. In anderen großen Städten wird der Luftschutz systematisch organisiert.

Ruhrkohle

Arbeitstäglich gesunkene Förderung

Das Kohlenfundikat verwendet an seine Gebietszweige die Nachweisung über den Kohlenvertrieb im Monat August. Der Bruttoabfuhr hat einschließlich des Selbstverbrauchs der Zechen selber, der ihnen unmittelbar angeschlossenen Hütten und anderen Werken 64 Millionen Tonnen betragen gegenüber 63,5 Millionen Tonnen im Vormonat und gegenüber 5,82 Millionen im August des Vorjahres. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der August einen Arbeitstag mehr hatte als der Juli. Auf den Arbeitstag berechnet, war der Gesamtabfuhr um 2,40 Prozent geringer als im Vormonat, in diesem 14,57 Prozent größer als im Vormonat des Vorjahres.

In der ersten Hälfte des laufenden Monats haben die Verhältnisse sich wenig geändert. Das günstige Wetter hat auf den Abfuhr des Hausbrandes vorerst noch hemmend gewirkt. Die Feiertage haben sich als Auswirkung der bekannten Maßnahme zur Arbeitsförderung vermehrt, ohne daß das in einer Verminderung der Förderzahl zum Ausdruck kommt, weil mehr Leute eingestellt wurden. Der Abfuhr hielt sich im Einklang mit der Förderung; eine Vermehrung der Bestände trat, im ganzen gesehen, nicht ein.

Deutsches Geschäftsleben

Arisch, allzu arisch

Im redaktionellen Teil einer Kößliner Zeitung lesen wir: Wir können unseren Lesern die erste Mitteltung machen, daß das allen Kößlinern bekannte Kaufhaus Heinrich Frischer am Markt in Kößliche Hände übergegangen ist. Herr Martin Hartert, Arier und ein alter Fachmann, hat es mit Unterstützung der Rortex (Textil-Verwaltungs- und Handelsgesellschaft), einem rein arischen Unternehmen, erworben. Er wird es in deutschem Sinne fortführen und sicher bald wieder zu einem allgemein beliebten Unternehmen machen. Herr Hartert, der in Schmargendorf ansässig ist, hat Herrn Riedke, einen Arier, zum ständig hier weilenden Geschäftsführer eingesetzt. Herr Riedke ist ebenfalls alter erfahrener Fachmann, der alle Anlagen besitzt, um sich sehr schnell das Vertrauen des laufenden Publikums zu erwerben. Uebrigens befindet sich auch kein jüdischer Angehöriger mehr in der Firma!!!

Am Sonnabend findet nun die Eröffnung der auf neue deutsche Basis gestellten Firma Frischer statt. Wie wir hören, hat der neue Inhaber das Haus, auch was seine Waren anbetrifft, durchgreifend reorganisiert. So glauben wir, allen unseren Lesern den Besuch des Kaufhauses Frischer am Sonnabend nur warm empfehlen zu können. Wir selbst wünschen dem neuen „Arischen Heinrich Frischer“ von Herzen viel Glück.

Für diese Notiz ist natürlich eine fette Annonce aufgegeben worden. Auch in dieser wird noch beteuert:

Der neue arische Geschäftsführer ist unterwegs, um Waren bester Qualität aus ersten deutschen Häusern zu erwerben, damit die Firma H. Frischer in Zukunft wieder allen Ansprüchen, auch den verwerflichsten, genügen kann.

Wäre die Reklame nicht so laienhaft-prozentig arisch, käme man in Versuchung, von einer „jüdischen Anreizerei“ zu sprechen.

Aktenzeichen F 412

Otto Straßburgs arische Herkunft

Es ist ein ausgesprochenes Bed, wenn in Deutschland jemand einen Stadtnamen als Familiennamen führt, weil er dann leicht in Verdacht gerät, Jude zu sein. Es ist aber ein ausgesprochenes Glück, Otto Straßburg zu heißen, „alleiniger Gründer des seit dem Jahre 1887 bestehenden und im ausschließlichen Familienbesitz befindlichen Textil- und Versandhauses gleichen Namens“ und dabei rein arisch zu sein. Denn dann läßt sich damit eine Reklame machen, so schlagkräftig, daß nicht nur die jüdischen, sondern auch die bis dahin unverdächtig arischen Kleiderhändler von diesem Reiz erfüllt werden müssen.

In einem großen Inserat in der Piltaner Morgenzeitung erläßt Herr Otto Straßburg aus Gdrlich eine Warnung, die folgenden Wortlaut hat:

Seit Monaten werden von mißgünstigen und an meiner geschäftlichen Schädigung interessierten Personen in teils leichtfertiger, teils gewissenloser Weise unwahre Gerüchte über meine Abstammung verbreitet.

Da diese verketen Angriffe verstärkt andauern, sehe ich mich durch die Notwendigkeit der Abwehr schwerer Schäden von meiner Firma und meiner zahlreichen Mitarbeiterin zu zwingen, mich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit zu wenden.

Um den Gerüchten am schnellsten und sichersten entgegenzutreten zu können, habe ich durch die besagte Kreisleitung der NSDAP, dem Sachverständigen für Rassenforschung beim Reichsministerium des Innern sämtliche Urkunden aus den amtlichen Quellen meiner thüringischen Heimat, die meine arische Herkunft 300 Jahre zurück beweisen, eingereicht und um Erhaltung eines Gutachtens durch diese hierfür allein zuständige Stelle gebeten.

Das unter dem 5. August 1933 und dem Aktenzeichen F 412 angefertigte Gutachten erklärt, „daß ich rein arischer Herkunft bin“. Ich bringe dieses mit Nachdruck zur öffentlichen Kenntnis.

Otto Straßburg und „rein arisch“, wer hätte das für möglich gehalten? Aber wo der Sachverständige für Rassenforschung gesprochen hat, da ist die reine Wahrheit festgestellt. Es bleibt nur noch übrig, sich vor ihr — und der Weisheit, die heute Deutschland regiert — schweigend zu verneigen. („Neuer Vorwärts“)

„Denkzeitel“

Aus dem Land ohne Recht

Wagners Südwestdeutscher Nachrichten dienst meldet: „Zwei durch Wachen durchreisende Männer verweigerten der entrollten Fahne eines vorbeimarschierenden Sturmes den gebührenden Gruß, wodurch sie den berechtigten Unwillen der Bevölkerung hervorriefen und schweres Argernis bereiteten. Die beiden Feinde der nationalen Erneuerung Deutschlands wurden, wie der Polizeibericht mitteilt, festgenommen und ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet.“

Eine in Wicken wohnende Frau Müller erging sich gelegentlich des Geburtstages des Führers und Volkstanzlers in übelsten Beschuldigungen der Dakenkreuzfahne. Das Amtsgericht Wicken erteilte ihr dafür einen Denkzettel in Gestalt von sechs Monaten Gefängnis.“

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Samstag, den 23. September 1933 * Ereignisse und Geschichten

Ein Schulz ist am Weck

Gleichgeschaltetes Volksbüchereiwesen

Der Verband für Volksbüchereiwesen hat in seiner Gesamtheit bei der Reichsleitung des Kampfbundes für deutsche Kultur den Antrag gestellt, sich als solcher dem Kampfbunde anschließen zu dürfen. Wenn er sich anschließen darf, ist damit vorläufig ein ruhmvolles Kapitel deutschen Bildungswesens geschlossen. Man kann nur ahnen, wie die Nazis in den Volksbüchereien gehaust haben müssen, bis der Verband sich entschloß, so demütig zu Krenze zu kriechen. Was mit dem Verband geschehen wird, steht noch nicht fest. Seine beiden Zeitschriften „Feste für Büchereiwesen“ und „Bücherei und Bildungspflege“ werden jedenfalls eingestellt. Die Schulen des Verbandes werden verringert und neu geregelt werden. Das Ziel der Umorganisation ist „eine Durchkreuzung der verantwortlichen volkspädagogischen Arbeit durch unverantwortliche Stellen in Zukunft unmbgänglich zu machen“.

Wenn man hört, wie die Büchereien von Menschen geprüft wurden, die durch kein Wissen beschwert, über das Verbrennen von Büchern zu entscheiden hatten, wie sie mit seltenen Bilderwerken umgingen und etwa eine Monographie über Rubens als unbillig der Vernichtung überlieferten, dann versteht man einen führenden Volksbildner, der einem Freund ins Ausland schreibt: „Ich war zu schwach, um mich zu wehren; ich empfand nur die Schande, mit diesen Barbaren zum gleichen Volk zu gehören.“

Der Polizeipräsident in Gera gab einem schnell gleichgeschalteten Dr. Kurt Schulz, der in seinen fünfundzwanzig Lebensjahren nichts weiter geleistet hatte, den Auftrag, eine Kommission zur Überprüfung von Büchereien usw. zusammenzustellen, die ihre „Aktion“ mit folgendem Polizeiauftrag durchführte: „Herr... wird in Durchführung der Verfügung des Thüringischen Ministeriums des Innern III P vom 21. 5. 1933 im Interesse der stillischen Erneuerung des deutschen Volkes beauftragt zu überprüfen, ob in dem im Stadtkreis Gera befindlichen Kiosken, Zeitungshändlern, Mietbüchereien, Buchhandlungen usw. Schriften, Abbildungen und Darstellungen ausgestellt, zum Verkauf feilgehalten oder sonst verbreitet werden, die unzüchtigen Inhalt haben, in stillischer Beziehung Anstoß erregen oder eine Gefahr für die öffentliche Ordnung (marxistisch, antireligiös und dergleichen) bieten. Der Inhaber dieses Ausweises ist im Rahmen seines Auftrages beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen nach §§ 32, 33 der Landesverwaltungsordnung durchzuführen. Thüringisches Polizeipräsidentium.“ Die Paragrafen, auf die hier Bezug genommen werden, ermächtigen den Besitzer eines solchen Ausweises, jedes Buch, das ihm nicht gefällt, kurzer Hand zu beschlagnahmen. Kurt Schulz rühmt sich, daß alle Maßnahmen der Konfiskationszettelbesitzer „auch gegen die eingehenden Proteste in vollem Umlaufe anrecht erhalten wurden“. Dabei ist bis heute das von den Zettelbesitzern beschlagnahmte Material nicht geprüft worden. Nach eigener Angabe des Kurt Schulz ist es zu umfangreich; Herr Schulz

verweist darauf, daß etliche Pornografien ebenfalls beschlagnahmt wurden. Wenn man aber im Buchhändlerbörsenblatt liest, daß im „dritten Reich“ auch Balzac zu den Pornografen gehört, dann muß man die Schauer, die dem fünf- und zwanzigjährigen Sittenschwätzer über den Rücken gelaufen sind, nicht allzu ernst nehmen. Nach den Verbotslisten, die nahezu täglich im Börsenblatt veröffentlicht werden, kann man sich nun vorstellen, wie die Volksbüchereien nach der Untersuchung durch so einen Schulz aussehen.

Ein Reuter - der im Sattel bleiben will

„Der Führer des neuen Deutschland, Adolf Hitler, hat auf dem Reichsparteitag in Nürnberg vor aller Welt das kulturpolitische Programm des Deutschen Reiches verkündet. Die Kultur des Volkes und ihre Pflege wird nicht mehr als nebensächlich betrachtet; sie bildet vielmehr die Voraussetzung und Grundlage eines mächtvollen staatlichen und eines blühenden wirtschaftlichen Lebens der Nation. Die Nürnberger Proklamation des kulturellen Wollens der Reichsregierung bietet die feierliche Bestätigung und Krönung einer ganzen Reihe von Neuerungen führender Männer des neuen Systems während der letzten Monate.“

„Im gleichen Sinne aber, wie bisher jede wahre Volksbildung oppositionell war und offen und verdeckt im Kampf mit den die Zeit beherrschenden Mächten lag, ebenso sehr muß in einem autoritär geführten Volksstaat die Volksbildungsarbeit grundsätzlich positiv sein, d. h. muß sein ein Erziehungs- und Bildungsinstrument in der Hand der politischen Führer des Reiches.“

Die gegebenen Fachberater sind hier die beruflich tätigen Schrifttumspfleger, die Volksbibliothekare. Sie mühten für das Büchereiwesen in den Arbeitslagern ebenso zur Verfügung stehen können wie den R.S.-Pressewart und dem R.S.-Lehrerbund, der sich der Jugendschriftfrage annehmen will. Besonders wichtig dürfte eine Verbindung der Beratungsstellen mit den Landesstellen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda sein, da niemand verkennen wird, daß das Buch ein ganz wesentliches Instrument der nationalen Erziehung und Aufklärung sein wird.“

Diese Zitate stammen aus einem Aufsatz des städtischen Büchereidirektors Dr. Rudolf Reuter (Köln) über „Aufgaben der Volksbüchereien“ („Kölnische Zeitung“, 20. September). Warum wir sie, trotz ihrer Belanglosigkeit, abdrucken? Dr. Reuter war bis zum Ende der Partei Vorführer der Kölner Zentrumsorganisation und Mitglied des großen Parteivorstandes. Seinen Posten verlor er sozialdemokratischen Stimmen. Nie hat man erkannt, daß er früher „im Kampf mit den die Zeit beherrschenden Kräften“ gelegen hat. Er war begehrter Demofant, stand auf dem linken Flügel der Partei, war ein Freund Brüning's und ein erbitterter Gegner Papens. Jetzt zitiert er gesinnungstreuen Hitler und Göbbels. Nicht nur das; er bekennt, daß er „schon immer“ — und so weiter.

Die Behebung der Krise

Eine Rundfrage

Eine Reihe mehr oder minder hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatte die Freundlichkeit, uns auf die Frage: „Wie stellen Sie sich die Überwindung der Krise vor?“ folgende Antworten zu erteilen:

Franz Josef Pletschenmeier, Konjunkturritter des Kreuzenkreuzes Erster und Zweiter Klasse:

„So früher, das waren halt noch andere Zeiten! Jein Krenzer hat ein Gulash gekostet, und jeder hat sein Backhendl im Topf gehabt. Und warum? Weil es damals keine Marxisten gegeben hat, sondern nur Deutschwirter, Wittbauern, Schusterbuben, Wäschermadeln und einen guten alten Herrn in Schönbrunn. Der österreichische Mensch muß voll und ganz ausblühen, dann kann die Wirtschaft wieder mit Gut und Blut eingedenk der Vorbeereiser an denselben hinaufwachsen. Mit der Wiedereinführung der alten ruhm- und sternbedeckten Uniform ist ein vielversprechender Anfang gemacht worden. Schreiten wir vorwärts auf dieser Vokalbahn, zurück in die gute alte Zeit!“

Siegwart Drittreich (recte Dreal), Vertreter deutscher Belange:

Die Krise ist eine jüdische Erfindung und kann daher nur von Adolf Hitler überwunden werden. Am besten wäre es, wenn man alle deutschen Volksgenossen dazu brächte, bei jeder halbwegs passenden Gelegenheit „Krise verreckt!“ zu rufen. Einstweilen muß man aber trachten, die Krise durch Konzentrationenlager und Feuerwerke so weit einzudämmen, daß wenigstens die Führer von ihr verschont bleiben, um uns aus ihr herauszuführen zu können. Heil!

Balthasar Bodenständiger, vierstößiger Hausbesitzer:

„Es gibt nur eine Rettung: steigern und noch einmal steigern! In dieser Beziehung war der Hausbesitzer schon seit jeher zielweisend. Wenn alle Menschen ihre Einkünfte verdreitausendfachen so wie wir Hausbesitzer, könnte man vertrauensvoll einer fünfzehntausendfachen Zukunft entgegenblicken. Und noch eines: solange diese roten Gemelndeckel die Wirtschaft beunruhigen, wird kein Geld ins Land kommen, weil es fürchten muß, in Beton versteinert zu werden. Kurz und gut, weg mit dem Roterhump!“

Dr. Adalbert Rottkister, Sensor:

Der Mensch leidet nur dann unter einer Sache, wenn sie ihm zu Bewußtsein kommt. Man muß daher ganz einfach

Im heutigen Deutschland

Im Deutschland von heute stirbt es sich leicht an Stahlrentenbich und Revolverdich. So wird für manchen Deutschen erreicht, daß er nicht mehr stempeln gehen muß. Vom Kirchhof zur Stempelkelle der Weg ist weit und währt eine Ewigkeit. Der Betrieb auf dem Kirchhof ist rask und reg und für Trauer und Weinen bleibt wenig Zeit.

Auf Deutschlands Straßen — wozu und warum? — macht mancher Mann manchen für immer stumm. Und das alles, damit der braune Mann dem deutschen Volk diktiert kann.

Im Deutschland von heute lebt es sich schwer, es teilen Fabrikherr und Bank den Raub, ein Arbeiterleben wiegt nicht mehr als von Tausenden Schanden der Straßenraub. Der Geldherr, der Junker, der Ballenbaron, sie führen heute für sich den Staat. Herunter mit Stempelgeld und Lohn!

Ist des „dritten Reiches“ erste Tat! Auf Deutschlands Straßen — wozu und warum? — macht mancher Mann manchen für immer stumm. Und das alles, damit der braune Mann als Kaisererlag diktiert kann.

Im Deutschland von heute, in jeder Nacht, an Straßencken, im Arbeiterhaus, kämpft Deutschlands Werkvolk die schwere Schlacht um Lebensfreiheit und Zukunft aus. Es arbt nicht so leicht, wie der Thullen meint, und schwerer als Junker und Bankherr glaubt. Erkennet genau den stillischen Feind: den Arisenprofittler, der uns beraubt.

Auf Deutschlands Straßen — wozu und warum? — macht mancher Mann manchen für immer stumm. Und das alles, damit der braune Mann dem deutschen Volk diktiert kann.

Im Deutschland von heute, zusammengedrängt hinter Gitter und Stacheldraht: angepöbelt, angepöft und angehängt: das ist untrer Zukunft Saat. Es dauert nicht lang und sie ist gereist und die Freiheit wird krahend erheben und die Ketten der Wreder sind abgestreift und wir werden zur Krute achn!

Auf Deutschlands Straßen — wozu und warum? — macht mancher Mann heute noch manchen stumm, daß die Freiheit erhebt für den Arbeitmann und nicht länger diktiert der braune Mann!

Wenzel Stadet.

„Himmelliche Rosen im irdischen Leben“...

K. k. k.

Unter diesem Titel schreibt die „Wiener Zeitung“: „Es war einmal eine Zeit, da kämpften die Frauen aller Länder, auch die deutschen Frauen, leidenschaftlich um die Gleichberechtigung mit den Männern. Und als die Frauen auf der ganzen Linie gefestigt hatten, da kam eine Partei und erklärte: „Weg mit der Frau aus dem öffentlichen Leben!“ Die deutsche Frau soll l. l. l., das heißt „lochen und Kinder kriegen“. Und begeistert liefen die Frauen dieser Partei zu und halfen ihr zum Siege. Da wurden alle Frauenverbände mit der nationalsozialistischen Frauenschaft gleichgeschaltet. Da sah die deutsche Frau, daß es in den anderen Verbänden noch etwas anderes gebe als l. l. l. Da lief sie in Scharen aus der nationalsozialistischen Frauenschaft davon und trat den anderen Verbänden bei, so daß der Reichsinnenminister den anderen Verbänden verbieten mußte, neue Frauenortgruppen zu gründen. Da kam des Weibes echte Natur wieder zum Durchbruch und die deutsche Frau schrie: „Unsere Parole heißt R. R. R. Aber das heißt nicht „lochen und Kinder kriegen“, sondern „Kampf, Reife, Rrah!““

„Staatsfeindliches“ Glockenspiel?

Folgendes hat sich beim Staatsakt Gdrings in Potsdam zugetragen, wenn man dem Bericht des gleichgeschalteten „B. Z.“, Nr. 436, vom 16. September Glauben schenken darf:

Und dann begeben sich Gdring mit dem Oberbürgermeister und seiner Begleitung und den Gefährlichen an die Rubenstraße Friedrich des Großen, wo der Ministerpräsident einen Vorbeerkranz mit roter Schleife niederlegt. Der Vorbeerkranz des Ministerpräsidenten trägt auf der Schleife die Aufschrift: „Preußens großem Könige, Feldherrn und Staatsmann in Ehrerbietung und unauslöschlicher Treue der preussische Ministerpräsident.“

Wiederum Glockengeläute: „Neb immer Treu und Redlichkeit...“

Da hat wohl das Glockenspiel den Brandstifter vom Reichstag erkannt? — Ja, ja! Wenn Menschen schweigen, werden — Glocken läuten!

„O diese Töne!“

Ein ganz sanfter Heß

„Denn Völker, welche die innere Ordnung sichergestellt haben und die in großem Stille aufbauen, wünschen vielleicht den Frieden für weiteren Aufbau heher und ehrlischer als andere Völker, denen das Festhalten an liberalistischen System immer neue Krisen bringt, deren Arbeitslosenfirmen unentwegt weiterreisen und bei denen nach alter Regel die Gefahr wächst, daß sie eines Tages von den inneren Schwierigkeiten abzulocken versuchen durch ankenpolitische Abenteuer.“ Wer, bitte? Der Stellvertreter des Führers der NSDAP, Rudolf Heß, im Münchener Braunen Haus beim Empfang der 400 Jungfrauen.

DAS BUNTE BLATT

NUMMER 82 · 1. JAHRGANG · TÄGLICHE UNTERHALTUNGS-BEILAGE · SAMSTAG, DEN 23. SEPTEMBER 1933

Helen Person

Seit vielen Wochen stehen die französischen Marokkotruppen wieder einmal in schweren und erbitterten Kämpfen mit Berberstämmen im südlichen Atlasgebirge. Die Eingeborenen leisten todesmutigen Widerstand und kämpfen mit dem letzten Tropfen Blut für ihre Freiheit und Unabhängigkeit.

In der marokkanischen Hauptstadt Rabat ist in den letzten Tagen allerdings die Nachricht eingetroffen, daß sich der Scheich Du-Jbn-Scaunt mit 100 Familien seines Stammes inzwischen bedingungslos unterworfen habe, obgleich er noch bis vor kurzer Zeit den Widerstand gegen die fremden Eindringlinge auf Leben und Tod gepredigt hat. An seiner Seite hat in diesem Kampf als eigentliche Triebkraft seine Lieblingsfrau gestanden, die eine Engländerin namens Helen Person ist.

Im Jahre 1920 unternahm Miß Helen Person, die Tochter eines vermögenden englischen Kaufmannes aus West-Bornwell, anlässlich eines Besuches auf den marokkanischen Niederlassungen ihres Vaters einen Ausflug in das südliche Atlasgebirge, von dem sie nicht mehr zurückkehrte. Nach wochenlangen eifrigen Nachforschungen erhielt plötzlich ihr Vater einen Brief seiner Tochter, in dem sie ihm erklärte, daß sie die europäische Zivilisation hasse und inzwischen ihr wahres Glück an der Seite des Berberscheichs Du-Jbn-Scaunt gefunden habe.

Tatsächlich hatte sich der Scheich in das schöne junge Mädchen, das er auf einem Streifzug gefangen genommen hatte, verliebt, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, die Europäerin nur als Pfand für ein hohes Lösegeld zu betrachten. Das Romantische an diesem Vorfall ist die Tatsache, daß seine Liebe nicht unerwidert blieb und daß auch Helen Person an dem stattlichen, fähigen Berberführer gefallen fand. Nach kurzer Zeit gab sie seinem Liebeswerben nach, heiratete ihn nach mohammedanischem Ritus, trat

Beduinen unter Führung einer Engländerin

selbst zum Islam über und zog als Lieblingsfrau in den Harem des Scheichs ein. Sie hat dem Berberführer im Laufe der Jahre vier Söhne geschenkt, die sie alle in einem glänzenden Haß gegen Europa und die westliche Zivilisation erzog.

Widerstand bis zum letzten

Schon im spanischen Rifkrieg während der Jahre 1925 und 1926 ist Helen Person die Seele des Widerstandes gegen die Eroberungspläne der Spanier gewesen, und sie war es, die die zurückweichenden Berber, nicht zuletzt durch ihr Vorbild, zur Wiederaufnahme des Kampfes angefeuert hat. Auch an den Kämpfen gegen die Franzosen soll sie hervorragenden Anteil genommen haben, indem sie ihrem Gatten mit Rat und Tat und mit ihren Kenntnissen als Europäerin zur Seite stand. Sie soll sogar vorübergehend für ihren schwerverwundeten Mann das Oberkommando über den Stamm innegehabt und dabei mit außerordentlichem Geschick gegen die an Zahl überlegenen Feinde operiert haben. Sie konnte diese schwierige Aufgabe, den Widerstand bis zum äußersten zu organisieren, deshalb mit Erfolg durchführen, weil ebenso wie der Scheich auch der ganze Stamm in Verehrung zu ihr aufblühte und sich ihrem Willen und ihren Besehlen widerpruchslos und freudig unterwarf.

Nun hat sich also der Scheich anscheinend doch von der Ausichtslosigkeit weiteren Widerstandes gegen die französische Heermacht überzeugt und bedingungslos seinen Frieden mit den Eroberern geschlossen. Die Meldung aus Rabat von der Unterwerfung des Scheichs erwähnt jedoch mit keiner Silbe, was aus der weichen Amazone im Lager der Berber geworden ist. Hat auch sie den Kampf aufgegeben? Oder ist sie sich treu geblieben?...

Deutschlandlied in lateinisch

Der Kölner Pfarrer, Professor Baron von Capitaine, hat „Deutschland, Deutschland über alles“ ins Lateinische übertragen. Die Uebersetzung ist stellenweise, wie sich schon aus dem Anfang „Tu Germania cor mundi. Es et eris quod eras“ ergibt, sehr frei, während die dritte Strophe mit den Worten „Unlas, lus ac libertas Pro Germana patria“ sich wieder eng an das Original anschließt. Als vierstimmige Chorkomposition des Professors Josef Schwarz ist diese lateinische Fassung vor kurzem öffentlich gesungen worden.

Radiosender auf dem Rücken

Ein neuartiges Hilfsmittel für den Presseberichterstatter wurde von der United Press konstruiert und erstmals in Chicago mit ausgezeichnetem Erfolg angewandt. Es besteht aus einem kleinen radiotelefonischen Sender, den der Berichterstatter selbst oder eine Hilfskraft, auf den Rücken geschnallt, leicht mit sich tragen kann. Alles, was zum Sender gehört, ist in einem Kasten untergebracht; Drahtleitungen aller Art sind überflüssig, so daß sich der Berichterstatter vollkommen frei bewegen kann. In der Praxis wurde der neue Sender zum erstenmal bei einer Sportveranstaltung der Athletischen Union der Vereinigten Staaten in Chicago ausprobiert. Der Reporter sah aus unmittelbarer Nähe den Kämpfen zu und gab seine Kampfschilderung radiotelefonisch an den Ferndrucker weiter, der neben dem Tische der Kampfleitung aufgestellt war. Noch bevor die offiziellen Zeitnehmer die Kampfleitung erreichen konnten, um ihren Bericht zu erstatten, hatte bereits der Pressebericht den Tisch der Kampfleitung verlassen. Der etwas über 30 Pfund schwere Sender verbraucht nur 2 Watt und arbeitet auf Ultrakurzwellen. Er hat eine Reichweite von ungefähr neun Kilometern. Man wird ihn dort vorteilhaft anwenden können, wo man Telefonleitungen aus technischen Gründen oder wegen der Kürze der Zeit nicht anlegen kann.

Begegnung mit der Vergangenheit

Ein sehr peinliches Erlebnis hatte dieser Tage die ehemalige Königin Helene von Rumänien, als sie unerwartet in einem der großen Filmstudios in Shepperton bei London erschien, um den Aufnahmen als Zuschauerin beizuwohnen. In ihrer Begleitung befanden sich ihre beiden Schwestern, die Prinzessin Helena, die Prinzessin Aspasia von Griechenland und einige Mitglieder der Londoner Gesellschaft. Man hatte sie hierher geführt, da gegenwärtig Szenen zu einem Film über das rumänische Königshaus gedreht werden, die, wie man vermutete, die Königin interessieren dürften. Man hatte aber veräußert, die Filmgesellschaft von dem bevorstehenden Besuch in Kenntnis zu setzen, so daß gerade Aufnahmen gemacht wurden über gewisse tunte Vorgänge zwischen dem ehemaligen Gatten und seiner Geliebten, die einmal überaus wesentlich für die Scheidung des Königspaars geworden waren.

Als die Königin Helene mit ihrem Gefolge das Atelier betrat, ließ der Regisseur selbstverständlich die Aufnahmen sofort abbrechen. Die nichtahnenden Gäste drangen jedoch so energisch auf ihre Fortsetzung, daß sich der Aufnahmeleiter, der die Katastrophe kommen sah, schließlich nach einigem Zögern bereit erklärte, das Signal zum Weiterspielen zu geben. Die Szene zeigte den König Carol II. im intimen Zusammensein mit seiner Geliebten, der rothaarigen Barbara Villers, der späteren Gräfin Castelmaine. Die schöne Frau wickelte Wolke auf, die der König hielt. Dieser starrte sie unverwandt an, fiel dann auf die Knie

und umarmte sie, indem er seine Lippen auf ihr Haar presste. Die zärtlichen Worte, die er flüsterete, konnten von den Zuschauern nicht verstanden werden.

Die Königin sprang, ohne die Beendigung der Szene abzuwarten, auf, Regisseur, Schauspieler und Begleiter in heller Bestürzung zurücklassend. Man fand sie, einer Ohnmacht nahe, in ihrem Auto. Ihre Begleiter erklärten auf teilnehmende Fragen, daß sie mit niemandem ein Wort sprechen dürfe, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht auf sich zu lenken. Sollte dies doch geschehen, so würden ihre Bezüge vom rumänischen Staat gesperrt werden.

Türkische Steuermahnung

Steuern zahlen ist ja nirgends in der Welt ein großes Vergnügen. Aber Steuern schuldig bleiben war bisher gewissermaßen ein Vergnügen. Die modernisierte Türkei will jedoch auch mit dieser letzten Freude des Staatsuntertanen energisch aufräumen. Die türkische Regierung wird in der nächsten Zeit einen Gesegentwurf verabschieden, der vorsieht, daß vor dem Hause säumiger Zahler sechs Trommler täglich eine Stunde lang trommeln sollen solange, bis der Schuldner gezahlt hat. Ob auch die unschuldigen Nachbarn des Säumigen wegen der ausgehenden Ohrenqualen Schadenersatzansprüche haben, ist in dem Gesegentwurf nicht enthalten.

Das „dritte Reich“ im Witz

Streit bei Hindenburg

Im Vorzimmer des Reichspräsidenten im Neudecker Schloß, Ostpr., der Sohn Hindenburgs, und der Junker v. Oldenburg-Januschau führen ein aufgeregtes Gespräch. Schließlich ruft der Januschauer empört aus: „Ja, sagen Sie einmal, wer ist denn hier eigentlich der Reichspräsident? Sie oder ich?“

Ein neuer Cäsar

Baldur v. Blutraub, Amtswalter der NSDAP., wird von der Parteileitung zur Gleichhaltung des Reichsverbandes unabhängiger Akademiker kommandiert. Nach gelanger Arbeit prahlt er im Freundeskreis: „Ich komme mir wie Cäsar vor!“ — „Kann?“ — „Ich kam, SA. und siegte.“

Greuelpropaganda

Ein Arbeiter, der sich den Arm gebrochen hat und ihn bewegen in der Schlinge tragen muß, geht im Zentrum von Berlin spazieren. Plötzlich stürzt ein SA-Mann auf ihn zu und brüllt, indem er auf den Verband zeigt: „Mensch, wenn du nicht augenblicklich mit der Greuelpropaganda da aufhörst, kommst du noch heute ins Konzentrationslager!“

Fontamara

17

ROMAN VON IGNAZIO SILONE

Die Erde

Mitte Juni ging das Gericht, die Vertreter der Cafoni aus der Marsica sollten zu einer Versammlung nach Avezzano einberufen werden, um Beschlüsse der neuen Regierung in Rom über die Frage des Fucino anzuhören.

Diese Nachricht machte auf uns den größten Eindruck, denn die früheren Regierungen hatten schon das Vorhandensein einer solchen Frage verneint. Seitdem es keine Wahlen mehr gab, war davon selbst bei den Advokaten unserer Gegend, die früher viel darüber gesprochen hatten, nicht mehr die Rede gewesen. Daß in Rom eine andere Regierung herrschte, war außer Zweifel, denn seit längerer Zeit hörte man darüber reden. Dies schien ein Beweis dafür, daß ein Krieg stattgefunden hatte oder stattfinden würde. Denn nur ein Krieg verjagte die alten Regierenden und setzte neue ein. So hatten bei uns die Bourbonen die Spanier ersetzt und die Piemontesen die Bourbonen. Aber in Fontamara wußte man noch nicht genau, woher die neue Regierung kam und aus welcher Nation die neuen Herren stammten. Das gehörte eben zu den Dingen, die sich in der Stadt ereigneten...

Angeht jeder neuen Regierung kann ein Cafone nur sagen: „Gott beschütze uns!“ Es ist wie im Sommer, wenn Vögel am Himmel fliegen; da kann man auch nicht wissen, ob sie Regen oder Hagel bringen. Solches steht bei Gott. Immerhin schien es uns grobartig, daß ein Vertreter der neuen Regierung auf Du und Du mit den Cafoni reden wollte.

„Man kehrt zu den alten Gewohnheiten zurück“, schnarrte Generale Baldissera immer wieder, „wo es zwischen den Häuten der Cafoni und dem Königshaus auch nicht den Wald von Kasernen, Unterpräfecturen, Präfecturen gab, wo die Regierenden sich einmal im Jahr als Arme verkleideten und auf die Märkte zogen, um die Beschwerden des Volkes anzuhören... Später kamen die Wahlen und damit der Abgrund zwischen Cafoni und Regierenden. Aber jetzt, wenn es

wahr ist, was man sagt, kehrt man zu den alten Gewohnheiten zurück, von denen man nie hätte lassen sollen.“

Michele Jonpa näherte die gleiche Hoffnung.

„Eine aus Wahlen hervorgegangene Regierung ist immer den Reichem unterworfen, die die Wahlen machen“, sagte er. „Die Herrschaft eines einzelnen aber sagt den Reichem Angst ein... Kann es zwischen einem König und einem Cafoni Eifersucht oder Neid geben? Das wäre zum Lachen. Aber zwischen einem König und dem Prinzen Torlonia ist das schon möglich.“

Die Hoffnung, bei einer neuen Aufteilung des Fucino auch ein Stück Land zu bekommen, hielt Berardo zurück, den ändern zu widersprechen, wie es seine Gewohnheit und sein Vaster war.

„Jede Regierung ist aus Dieben zusammengesetzt“, murmelte er bloß, „für die Cafoni ist es besser, daß sie sich nur aus einem Dieb zusammensetzt als aus 500... Denn ein großer Dieb, wie groß er auch sei, verzehrt immer weniger als 500 ausgehungerte, kleine Diebe... Wenn sie neuerdings den Fucino aufteilen, muß Fontamara seine Rechte geltend machen...“

An einem Sonntagmorgen erschien in Fontamara ein Postauto; der Wagenführer forderte alle Cafoni, die mit nach Avezzano wollten, zum Einsteigen auf und versicherte, daß die Fahrt umsonst sei. Das Postauto war über und über mit Bohnenstroh geschmückt; die Behörden hatten es geschickt, so tollte es auch nicht.

Zufällig waren nur unser zehn zu Hause, denn die anderen waren schon zur Arbeit gegangen. Im Sommer, wenn es viel zu tun gibt, hat uns die Kirche immer von der Sonntagruhe befreit. Niemand konnte von der neuen Regierung verlangen, daß sie das wisse oder daß Ende Juni die Ernte einsetzt. Wie soll auch eine Stadtbehörde ahnen, in welcher Jahreszeit geerntet wird. Trotzdem waren wir — selbst bei Verlust eines Arbeitstages — bereit, an einer Versammlung teilzunehmen, in der sich die Frage des Fucino entscheiden mußte.

Wir Fontamarese hatten seit langem das Recht zurückverlangt, den Fucino selbst zu pachten, aber die Verwaltung Torlonia hatte das stets abgelehnt und vorgezogen, das Land an Ärzte, Advokaten, Lehrer und reiche Bauern zu geben, die uns darauf arbeiten ließen. So hatten wir zu hoffen

aufgehört, selbst Stücke des Fucino zu bekommen. Es war uns nichts anderes übrig geblieben, als die berühmte Entscheidung abzuwarten, von der Don Circofanza so oft, besonders am Vorabend der Wahltag, gesprochen hatte.

„Der Fucino muß dem gehören, der ihn bebaut!“ das war Don Circofanzas ewiges Lied.

Der Fucino sollte also jetzt dem Prinzen Torlonia, den reichen Bauern, den Advokaten und anderen Unzuständigen zugehen, das heißt den Cafoni. Daher hatte sich unser bei der Nachricht, daß in Avezzano die Aufteilung des Fucino stattfinden sollte und daß die neue Regierung eigens das Ramion nach Fontamara geschickt habe, weil sie wollte, daß die Cafoni endlich ihren Anteil erhalten sollten, eine große Aufregung bemächtigt. Die wenigen in Fontamara anwesenden Cafoni beschleunigten daher das Postauto, ohne irgendeine weitere Erklärung zu verlangen. Es waren: Berardo Viola, Antonio Zappa, Teofilo della Croce, Baldo vino Sciarappa, Simplicius, Jacobo Volardo, Pontius Pilatus und sein Sohn, Andreas Corporale, Raffaele Scamorza und ich.

Vor dem Wegfahren fragte der Wagenführer:

„Und der Wimpel?“

„Welcher Wimpel?“ staunten wir.

„Jede Bauerngruppe muß unbedingt einen Wimpel haben, lautet meine Instruktion.“

„Aber was ist das, der Wimpel?“ fragten wir.

„Der Wimpel ist die Fahne“, erklärte er.

Wir wollten bei der neuen Regierung keine schlechte Figur machen und besonders nicht bei der Versammlung, die über den Fucino entscheiden sollte. Daher folgten wie Teofilos Vorschlag und nahmen die Fahne des San Rocco mit. Mit Hilfe Raffaele Scamorza ging der Sakristan in die Kirche — den Kirchenschlüssel hatte er sowieso in Verwahrung —, um das Banner zu holen; als ihn aber der Chauffeur einen 15 Meter langen Baum mit einer riesigen weiß-blauen Fahne angeschlossen sah, darauf San Rocco mit dem ihm die Bunde ledenden Hund, wollte er ihn hindern, diese auf das Auto zu schaffen. Wir hatten in ganz Fontamara keine andere Fahne und so gelang es der Beharrlichkeit Berardos, dem Wagenführer die Erlaubnis zum Mitnehmen unserer Wimpels abzuladen.

(Fortsetzung folgt.)

Länder ohne Revolution

Der aktive Reformismus in den nordischen Staaten

Ein Beobachter des skandinavischen Lebens machte den Fehler, es wunderte ihn nicht, daß es in der Geschichte der skandinavischen Länder keine Revolution gibt. Die Zeitspanne, die für eine Revolution in Schweden oder in Dänemark in Betracht komme, sei lediglich die zwischen Gabelfrühstück und Mittag, und die sei zu kurz. Die insulare Sicherheit der skandinavischen Länder, die seit Jahrzehnten zuzufügen außerhalb der Weltgeschichte, soweit sie Krieg und Revolution heißt, leben, hat das ganze Dasein des Skandinaviens zu einem von dem des kontinentalen Europas so verschieden gemacht, wie es lange Zeit das des Engländer war.

Der Reformismus, der heute in der Arbeiterklasse des Kontinents erschüttert und verlemt ist, bildet in Skandinavien uneingeschränkt die Doktrin der Arbeiterklasse. Läßt man als die grundlegenden Gesetze der Arbeiterklasse seit 1918 die Fragen: die demokratische Weg, die Diktatur des Proletariats, die Pazifismus, die proletarische Beharrlichkeit gelten — reiflos bejaht die schwedische und dänische Arbeiterklasse Demokratie und Pazifismus. Geradezu leidenschaftlich wird in Dänemark und in Schweden die Auffassung abgelehnt, die den Faschismus als eine unvermeidliche Etappe des Kapitalismus ansehen will. Hier liegt einer der Ausnahmepunkte zum Verständnis des nordischen Sozialismus. Nirgends wird eine sozialistische „Abstinenzpolitik“ einmütiger verurteilt als in diesen Ländern. Die schwedische und dänische Sozialdemokratie will mehr sein als ein Agitationsapparat, sie will handeln, und zwar handeln auch dann, wenn es im Augenblick keine revolutionären Möglichkeiten für die Arbeiterklasse gibt.

Tatsächlich erscheint dieser „tätige Reformismus“, wie man ihn bezeichnen könnte, dem schwedischen Arbeiter als revolutionär, weil er unerschütterbare und sichtbare Erfolge gebracht hat und weil sich die Sozialdemokratie beider Länder sofort, bei den ersten Anzeichen der Krise, ihr entgegenstellt hat, ohne erst lange zu erklären, daß „letztens Endes“ die Krise innerhalb des Kapitalismus nicht endgültig beseitigt werden könne. Diese Tatsache des Sozialismus hat in allen skandinavischen Ländern jenen Enthusiasmus bei den Massen gebracht, der die Voraussetzung der skandinavischen Einkesselung ist, die nun nach Finnland hinübergeschlagen hat und sich voraussichtlich auch in Norwegen zeigen wird. Bis heute sind die Massen in den skandinavischen Ländern die einzigen gewesen, die aus der Tatsache des zusammenbrechenden Kapitalismus die Konsequenz gezogen haben: hin zu den Sozialisten!

Der Warnung, daß doch das Bürgertum die Demokratie preisgibt, wenn sie ihm nicht mehr dient, antwortet der nordische Sozialismus, daß zur Voraussetzung der Politik in einem Lande das Vertrauen in die Ehrlichkeit des Gegners so lange gehört, als der Gegner dieses Vertrauen nicht offensichtlich mißbraucht. Und auf dem Kontinent erscheint es als ein Anachronismus bürgerlicher Politik, wenn die geschlagene bürgerliche Partei der letzten dänischen Wahl die Konsequenz aus ihrer Niederlage in der Weise zog, daß sie durch ein Abkommen mit der Sozialdemokratie den Weg freimachte und ihr Führer sich nach dem Abschluß dieses Abkommens aus dem politischen Leben zurückzog. Man darf nicht vergessen, daß Schweden seit 118 Jahren, Dänemark seit 66 Jahren keinen Krieg, beide Länder niemals eine Revolution gehabt haben. Die sozialistischen Parteien konnten eine ruhige, stetige Entwicklung nehmen, und in keinem entscheidenden Augenblick hat das schwedische oder dänische Bürgertum versucht, ihren Aufstieg mit andern als mit legalen, demokratischen Mitteln zu hemmen. Eine solche Entwicklung drückt notwendig dem ganzen Denken des nordischen Arbeiters ihren Stempel auf, sie macht ihn zum unbedingten Demokraten, aber, und das ist ungeheuer wichtig, sie schärft

auch das demokratische Gewissen des ganzen Landes so sehr, daß es ungeheuer schwer wird, vom demokratischen Weg abzuweichen, ohne im Augenblick ertappt und angeprangert zu werden. Hat die skandinavische Demokratie der Arbeiterbewegung so zu einem stetigen Aufstieg verholfen, so verpflichtet sie sie zur Tüchtigkeit, wenn der Ruf an sie ergeht. Es wäre in diesen Ländern ganz ausgeschlossen, sich dem Willen der Wähler zu entziehen. Für die Arbeiterbewegung war daher nach ihren Wahlen die Frage nicht die: Wo nehme ich jetzt einen widerwilligen Koalitionspartner her? Sondern: wie verhafte ich dem Willen der Wähler Respekt?

Dabei kommt ihr zugute, daß in den skandinavischen Ländern der Wahlkampf viel mehr um Tatsachen als um Weltanschauungen geführt wird. Die Wahlkämpfe in diesen Ländern sind erstaunlich arm an Phrasen und erstaunlich reich an praktischen Vorschlägen. Diese Realität des Kampfes zwingt die Sozialdemokratie automatisch, ihren Wahlparolen eine unmittelbare Aktualität zu geben, umgekehrt aber auch nicht mehr zu versprechen, als sie unbedingt halten kann. Nirgends hat daher auch die Panzerkreuzerpolitik der deutschen Sozialdemokratie schärfere Kritiker gefunden als gerade unter den „rechten“ Sozialdemokraten Schwedens.

Aller all dies würde die skandinavischen Sozialisten noch nicht von einer anhängigen liberalen Partei unterscheiden, wenn sie nicht mehr leisten würden als bloß die Aufrechterhaltung der Löhne und eine Arbeitsbeschaffungspolitik. In Wahrheit ist der nordische Sozialismus konsequent „reformistisch“, indem er seine Reformen konsequent sozialistisch gestaltet. In einem Gespräch sagte Gustav Möller, der schwedische Sozialminister und einer der besten Köpfe des nordischen Sozialismus: „Es ist der Kapitalismus selbst, der uns zu sozialistischen Reformen zwingt.“ In der Praxis heißt das für die schwedische Regierung etwa: das Finanzkapital läßt die schwedische Holzindustrie zugrunde gehen, weil sie durch den Sturz auf dem Holzmarkt unrentabel geworden ist. Die schwedische Regierung begnügt sich nun nicht mit der Unterdrückung der arbeitslosen Holzarbeiter, sondern sie kauft die Sägemühlen auf und schafft den Arbeitern Arbeit. Dabei entsteht gleichzeitig ein gemeinwirtschaftlicher Sektor in der Volkswirtschaft, ohne daß jenes Kapital sich dagegen wehren kann, das die Sägen stillgelegt hat.

Gerade der Faschismus hat erkannt, daß die Konsequenz des demokratischen Zeitalters die Verankerung auch der Macht in den Massen ist. Die Wahlsiege allein beweisen, daß in Dänemark und Schweden — auch in Norwegen sind die Sozialisten die stärkste Partei — der Sozialismus heute schon die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Aber mehr als das, in fast allen kapitalistischen Ländern gibt es heute weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus Sozialisten. Hier hat die Politik der skandinavischen Sozialisten eingeseht. Indem sie daran gingen, eine Sammlung aller antikapitalistisch interessierten Bevölkerungsschichten auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei zu versuchen, gaben sie dem Faschismus von vornherein nur geringe Wirkungsmöglichkeit. In allen Ländern, in denen der Faschismus Fuß fassen konnte, waren neben den Mittelschichten die Bauern seine treuesten Bannerträger. Diese Gefahr bestand auch in Schweden. Die Bauernpolitik der schwedischen Sozialdemokratie ist — freilich durch eine Reihe besonderer Umstände begünstigt — ein Musterbeispiel des Kampfes gegen den Faschismus. Die schwedische Sozialdemokratie wußte sich nach ihrem Wahlsieg nach einem Bundesgenossen umsehen. Meist war in allen Ländern der gegebene Bundesgenosse für eine Regierung eine der sogenannten „Linksparteien“. In Schweden aber waren die Liberalen durch den Kreuzer-Standal schwer in Mitleidenschaft gezogen, sie waren eine geschlagene Partei und eine kapitalistische dazu. Die

schwedische Sozialdemokratie vermied den Fehler, der jede Koalitionspolitik so leicht diskreditiert, sie verband sich nicht mit den geschlagenen Liberalen, sie vollzog keine Kooperation mit der „linken“ Bourgeoisie, sondern sie ging — zu den Bauern. Man sagt in Schweden, daß, wer noch vor wenigen Monaten angeht, der sozialkonservativen, ja reaktionären Stellung der Bauernpartei eine solche Politik für möglich gehalten hätte, für verrückt erklärt worden wäre. Aber die Agrarkrise hatte die Bauernschaft derartig aufgewühlt, daß der Punkt erreicht war, wo sie zum Faschismus abgewandt wäre, wenn ihr nicht die Arbeiterschaft Hilfe und Bündnis angeboten hätte.

Die schwedische Sozialdemokratie, die auf der linken Seite keinen Bundesgenossen finden konnte, holte sich ihn von rechts und rief damit die Bauern von ihrer traditionellen konservativen Gesinnung los. Gewiß, in kaum einem andern Lande als in Schweden mit seinen hohen Löhnen und seiner Macht der Gewerkschaften, die eine Lohnsenkung verhindern, wäre es gelungen, den Arbeitern eine Politik zu empfehlen, die ihnen die Lebensmittel vorenthält. In Schweden aber fand keine Parole so harmlose Zustimmung unter der Arbeiterschaft wie der Ruf: Helfen wir dem Bauern! Diese näherne Abkommen, das Viehpreise und Eierpreise gegen Arbeitsbeschaffungsgelder abwägt, das vor den bürgerlichen Parteien höhnisch ein „Anbahnhandel“ genannt wurde, es ist heute die Massengrundlage der Macht der sozialdemokratischen Regierung, es hat allen Enthusiasmus der Massen für die Regierung. Denn hier handelt es sich zum erstenmal nicht um eine der üblichen Parteienkoalitionen, sondern um eine Kooperation der werktätigen Klassen, der Bauern und Arbeiter.

Man darf freilich dabei nicht verschweigen, daß für die Arbeiterbewegung und für die Reinheit ihrer sozialistischen Ideologie auch ganz beträchtliche Gefahren aufstehen. Schon wird von führenden Kreisen der Partei der Begriff einer „Volksgemeinschaft“ propagiert, die über die Partei hinausreichende Man hat in Schweden selbst diese Gefahr als „Nationalfaschismus“ bezeichnet, der, vor die Wahl zwischen Regierung und Partei gestellt, einmal die Partei der Regierung ergreifen könnte. Aber heute ist kein Zweifel, daß die arbeitenden Massen bis weit hinein in die Mittelschichten mit der Politik der schwedischen Sozialdemokratie außerordentlich zufrieden sind, und daß seit Brantings Regierung noch keine verstanden hat, die Herzen und Hirne der Schweden so zur Zustimmung zu bewegen, wie die Regierung Hansson-Möller.

Heute stehen die bürgerlichen Parteien großenteils abseits. Sowohl in Dänemark wie in Schweden häufen sich die Anzeichen, daß die Rechte an der Demokratie, die ihr nicht mehr dienbar ist, verzweifelt. Während bis vor kurzem die sozialistische Bewegung in Schweden sich nur auf ein paar kleine Gruppen erstreckte, hat in der letzten Woche einer der größten und einflussreichsten Jugendverbände — die Jugendverbände in den nordischen Ländern umfassen wesentlich höhere Altersgruppen als bei uns — eine rein sozialistische Leitung gewählt, und selbst in der Bauernpartei wurden „nationalsozialistische“ Schlagworte laut. Man darf also auch in Schweden die sozialistische Gefahr keinesfalls unterschätzen. Aber die Regierung hat die Massen hinter sich, sie forciert und wird wohl in absehbarer Zeit die Antidemokraten so behandeln, wie sie es selbst wünschen: als außerhalb der Demokratie stehend. Darin liegt die große Möglichkeit des Schicksals der skandinavischen Länder vor dem Faschismus, daß den sozialdemokratischen Parteien und ihren Verbündeten die Möglichkeit gegeben ist zu sagen: Der Staat sind wir, die Demokratie sind wir.

Herr Dollfuß reitet

Der Verfasser dieses Aufsatzes aus Wien ist ein hervorragender katholischer Publizist und Gelehrter, der in der Zentrumspresse und in katholischen Zeitschriften oft mit ausgezeichneten Abhandlungen zum Wort kam. Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Schon senkt sich langsam die Nacht über den Prater. Auf dem Trabrennplatz stehen, sagt man, siebzigtausend Mann in Viererkolonnen. Siebzigtausend, wenn auch nicht gerade alles Männer, sondern gut die Hälfte Jünglinge, die alle für die Freiheit Österreichs sterben wollen. Die Fahnen: Rotweisse Banner, auch schwarzrotgoldene der Turnerschaften, schwarzgelbe wehen über den Köpfen dieser Armee von Freiwilligen der nationalen Front.

Herr Dollfuß spricht zu ihnen. Die Lautsprecher zittern, denn der kleine Mann hat eine laute, eine für seine Größe etwas zu laute Stimme. Was er spricht, das ist offenbar nicht sehr wichtig, denn der Fürst Starbemburg prominiert indessen mit dem Minister Fey und einem großen Stabe hinter den Tribünen umher. Wer von den Damen möchte diesen Fürsten Starbemburg nicht leiden? Er ist ein häßlicher, schlanker Mensch, etwas Mädchenhaftes liegt in seinen Zügen. Er ist auch kein Kondottiere, kein rauer Häuptling vom Schlage des SA-Führers Röhm, kein ansäprochener Tummkopf wie Herr Himmler, der von dreißigtausend Jahren spricht, sondern ein Kavallerist mit politischen Ambitionen. Als Minister muß er wohl eine etwas komische Figur gemacht haben. Man sagt sogar in Wien, der junge Starbemburg sei dumm. Es läge nahe, das ohne weiteres zu glauben, wenn man auf dem Trabrennplatz und anderswo diese österreichischen Aristokraten betrachtet. Das Monokel in ein Auge geklemmt, verziehen sie ihr Gesicht zu den lächerlichsten Grimassen, und das in einer Zeit, in der eine einzige Maschine, Gott sei's geklagt, siebentaufend Paar Stiefel in einer Stunde produziert.

Ich werde einige Worte mit dem Führer wechseln. Gut... Er ist nicht gerade dumm, so schwer es fällt, das bei einem Aristokraten, der eine so vorzügliche Erziehung genossen hat, zuzufügen auf Antriebe festzustellen. In einigen Minuten wird

er jetzt an der Spitze der „Siebzigtausend“ zur friedlichen Eroberung in Wien einreiten.

Welche Atmosphäre herrscht in dieser Stadt! Ich werde glücklich sein, wenn ich erst wieder in meiner geliebten Schweiz bin. Hier in Oesterreich schreiben die kleinen Kinder: Heil Dollfuß! Am Morgen aber, wenn ich aus dem Hotel komme, liegt die ganze Straße überfüllt von papernen Hakenkreuzen. Ein harmloses Vergnügen? Gewiß, denn wenn man diese Papierstängel wegt, das ist es nicht, aber mit der grenzenlosen Not Hunderttausender schwellt der Nationalsozialismus wie ein halberstieltes Feuer in dem Gedächtnis eines Hauses.

So ungefähr war es nun vor zweihundertfünfzig Jahren, als die Türken die Wälle der Stadt Wien berannt und schon eine Bresche in die Mauer gebrochen hatten. Da war es ein Kapuzinerpater, Marco d'Arriano, der das Heer, das er herangerufen hatte, mit religiöser Begeisterung erfüllte, und es war der König der „polnischen Untermenschen“, Johann Sobieski, der mit seinem Heere zur Befreiung herangeeilt war. Und gerade in diesem Augenblick, da ich das schreibe, feiern Tausende polnischen Katholiken, die mit Bischöfen und dem Kardinalprimas Glond gekommen sind, diesen Sieg durch eine Feiernacht auf dem Rablberg.

Als ich hierher fuhr, sagte man mir in Salzburg, die Nazis würden anlässlich des Reichstages losziehen. Aber von Salzburg bis Wien sind es fünf Schneekausunden und zwischen diesem Einmarsch und der Ankunft vor den Toren Wiens könnte allerlei geschehen; auch ein Marco d'Arriano könnte in Erscheinung treten. Tatsache aber ist, daß an einem Tage oft Hunderte von jungen Oesterreichern über die Grenze fliehen und daß diese Flüchtlinge, welche schon in die Zehntausend gehen, in einer österreichischen Region gesammelt und ausgebildet werden. Wo zu?

Herr Dollfuß gibt darauf die Antwort. Er ist ein ganz kleiner Mann. Wenn er durch die spalterbildenden Reihen geht, bücken sich die Leute tief herab, um ihn zu sehen. Erst lächeln sie, dann schreien sie „Doch“ und „Dell“. Manche rufen sogar „Dollfuß, erwache“, aber das scheint mir ganz überflüssig zu sein, denn nicht nur, daß kleine Leute schneller wach sind als große, macht dieser kleine Mann einen wachsamem und lebendigen Eindruck. Ueberdies lächelt er auch, wenn er

so durch die Reihen der großen Menschen geht, er lächelt sehr zuversichtlich.

Gestern aber, als die Siebzigtausend sich in Marschkolonnen in Bewegung setzten, an der Spitze die Führer ritten und die spalterbildende Menge „Hoch Dollfuß“ rief, sah ich ihn nicht. Bis ich auf einen Blick, der, es war indessen dunkel geworden, nach links und nach rechts blickte, nickte und lächelte, und das war der Bundeskanzler Dollfuß, der, währenddem Starbemburg und Fey auf Schimmeln saßen, auf einem braunen Pferde ritt.

Dollfuß reitet?

Herr Hitler lies, als er noch nicht Kanzler war, mit einer Hundepfote in der Hand herum. Ich sah in so einmal hinter Thomas Mann hergehen. Beide mußten nichts davon. Thomas Mann sah Herrn Hitler nicht und Herr Hitler, der nur Karl May lies, hätte nicht gewußt, daß das Thomas Mann ist. Mir schien das symbolisch. Ich sah nur noch, wie ein Mensch mit einer Hundepfote in der Hand hinter dem deutschen Geist verlief.

Später ging Herr Hitler mit einer Reitpeitsche spazieren. Kein Mensch wußte warum, denn er besaß kein Pferd, sondern nur hundertpferdige Automobile. Der Bundeskanzler aber, den noch keiner mit einer Peitsche in der Hand sah, reitet wirklich. Es ist nicht anzunehmen, daß er es gestern erst gelernt hat.

Diese Tatsache, daß Herr Dollfuß reitet, worüber die Wiener in Freudentaumel gerieten, hat etwas Beruhigendes. Nicht, daß ich diesen Mann, der auch einmal von großen Ideen spricht, ohne sie zu haben, überschätzen würde, aber zu der nabellegenden Aufgabe scheint er wirklich geschickt und berufen.

Auch sein Körpermaß hat, wenn man sich die großen, schönen Männer (mit den kleinen Hirnen) auf der Seite des Gegners, also im „dritten Reiche“, vor Augen hält, etwas Beruhigendes. Nimmt, wie es dort scheint, die Proportion des Hirnes mit der Länge des Körpers ab, so könnte man Herrn Dollfuß beglückwünschen, und mit ihm ganz Europa, wenn neben und hinter dem kleinen Dollfuß nicht wieder die schönen großen Männer mit den kleinen Hirnen stünden, die es in Oesterreich auch gibt. Marco d'Arriano d. J.

Amy Besant

Eine bedeutende Frau



Ein fantasievolles vielseitiges Frauenleben hat sein Ende gefunden: Amy Besant ist, sechshundachtzigjährig, in der indischen Stadt Madras gestorben. Ein englisches Durchschnittsmädel, streng orthodox im Geist der Hochkirche erzogen und dann mit einem Geistlichen verheiratet. Die junge Frau läßt sich scheiden, wird Freidenkerin, schließt sich den Fabians um Bernard Shaw und den beiden Webbs an und interessiert sich leidenschaftlich für Arbeiterfragen. Plötzlich aber tritt die Wendung in ihr Leben: durch die Bekanntschaft mit einer russischen Missionarin wird Amy Besant Theosophin und bereist als Missionarin dieser Sekte die ganze Welt. Ihren ständigen Wohnsitz nimmt diese merkwürdige Frau in Indien, wo sie sich mit einem prophetischen Fanatismus der kulturellen, religiösen und auch politischen Erziehung der Hindu hingibt. Ihrem außerordentlichen Oratorientalent verdankt die Hinduuniversität ihr Entstehen. Amy Besant wird zu einer Heldin der indischen Freiheitsbewegung und wandert 1917, während des Weltkrieges, zusammen mit Gandhi in das Gefängnis. Es ist noch in aller Erinnerung, daß die weishaarige Predigerin den Hindufratzen Krishnamurti der ganzen Welt als neuen Heiland hinstellte.

Schweizer schwer mißhandelt

Protest des Gesandten

Bern, 22. September. (Insa.)

Die deutschfreundliche „Neue Züricher Zeitung“ berichtet aus Berlin: Ein Schweizer Bürger aus Wila im Ldtal, der für kurze Zeit auf Besuch in Berlin weilte, ist hier das Opfer schwerer Mißhandlungen durch Mitglieder nationalsozialistischer Verbände geworden, weil er sich geweigert hatte, der Hakenkreuzjähne die Hosenröhre mit dem Hitlergruß zu erwehlen.

Der Gast aus dem Kanton Zürich machte mit zwei Vandalen einen Spaziergang über den Höhenparkendamm in Berlin-Wilmersdorf, wo sich gerade einer der zahlreichen Vorheimmärkte von SA-Truppen mit klatternden Fahnen abspielte. Rechts und links vom Zug marschierten SA-Männer zur Ueberwachung des Publikums mit. Einer der SA-Männer hielt unseren Landsmann an und hielt ihn zur Rede, weil er es unterlassen hatte, mit erhobenem Arm das Hakenkreuz zu grüßen.

Als der Befragte auf seine Schweizer Staatsangehörigkeit hinwies, die ihm den Hitlergruß erspare, erhielt er einen Faustschlag ins Gesicht. Drei SA-Männer mischten sich ein, warfen den Schweizer zu Boden und bedienten sich ihrer Willkürherrschaft, um den Zivilisten mit Injurien zu traktieren.

Die SA-Truppe auf der Straße machte indessen Halt und schaute der toben Szene unthätig zu. Der Schweizer blieb mit zerbrochenen Rippen und anderen Verletzungen liegen und mußte in eine Klinik zur ärztlichen Behandlung gebracht werden. Er ist verblüdet, seine Verpflichtung als Schauspieler in Paris in einem Engagement, das schon in den nächsten Tagen wirksam geworden wäre, zu erfüllen, so daß ihm auch ein materielles Schicksal erwacht.

Der Schweizer Gesandte in Berlin hat heute auf dem Auswärtigen Amt vorgesprochen, um gegen den gewalttätigen Übergriff zu protestieren. Die Fälle, in denen Schweizer Bürger, denen der Hitlergruß nicht geläufig ist, bedrängt werden, häufen sich seit einiger Zeit in einer Art, die geradezu zum Aufsehen mahnt, und neue Klagen geben fast täglich auf der Schweizer Gesandtschaft ein.

Auch ein Engländer verprügelt

London, 21. Sept. (Gavas.) „Daily Herald“ veröffentlicht einen Artikel über einen in Berlin erfolgten diplomatischen Zwischenfall. Danach erhob Archivar C. Hardy von der britischen Botschaft in Berlin den Arm nicht zum Gruß als er unter den Kunden in Berlin einer Abteilung SA mit Hakenkreuzjähne begegnete. Darauf wurde er von einem Nationalsozialisten, der sich aus der Abteilung löste, ohne weiteres ins Gesicht geschlagen. Auf Reklamation der britischen Botschaft beim Reichsaussenministerium hin drückten die deutschen Behörden ihr „lebhaftes Bedauern“ über den Zwischenfall aus.

Wo ist Heidi Eisler?

Fragen — keine Antwort

Wien, den 21. September 1933. (Insa.)

Wir brachten letzter Tage die Meldung von der Ermordung der tschechischen Schauspielerin Heidi Eisler durch die Nazis. Um diese Meldung zu überprüfen, hat sich der österreichische Bühnenverein an die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger mit einer Anfrage nach dem Schicksal der Schauspielerin gewandt und folgende Antwort erhalten:

Auf Ihre Anfrage vom 11. d. M. erwidern wir Ihnen, daß uns nicht bekannt ist, ob Fräulein Heidi Eisler in einem Konzentrationslager interniert ist oder Selbstmord begangen hat. Wir kennen überhaupt nicht den gegenwärtigen Aufenthalts von Fräulein Eisler und sind daher auch nicht in der Lage, uns irgendwie für sie einsetzen zu können.

Für die barbarischen Zustände, die in Deutschland nicht nur auf dem Gebiet des Rechtswesens, sondern auch in den gleichgeschalteten Gewerkschaften herrschen, ist der zynische Brief der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger außerordentlich charakteristisch.

Der Henker

Sagen, den 21. September 1933.

Im Prozeß gegen Schiditz und Genossen wurde heute das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Schiditz wurde wegen Mordes (?) in Tateinheit mit schwerem Verbandsbruch zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Angeklagten Klostermeier und Heilmann erhielten je 15 Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten Gelezes wurden zu elf Jahren, Wiesner zu acht Jahren und Petry zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Allen wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt. 20 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von neun Monaten bis zu vier Jahren. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Der Kommunist Schiditz und seine Genossen sollen am 16. Januar einen Ueberfall auf das SA-Heim in Herbolzheim verübt haben, wobei der SA-Truppführer Bernsau durch einen Revolvererschuß (unbaltigerweise seiner eigenen Leute! D. Red.) getötet wurde. Mehrere SA-Männer wurden verletzt.

Neue Morde im Rheinland

In den letzten Wochen sind allein in Suppertal-Oberfeld 12 Arbeiter bestialisch ermordet worden. So hat man den jugendlichen Arbeiter Daehler eines Nachts durch SA aus seiner Wohnung abholen lassen; am nächsten Morgen wurde er auf der Landstraße ermordet aufgefunden. Die Leiche war so furchtbar verstümmelt, daß der Vater seinen Sohn nur an den Kleidern wiedererkennen konnte.

Ein weiterer Mord ereignete sich in der Paradedstraße. Dort schossen SA-Leute den Arbeiter Kreiskamp nieder. Schwer verwundet ließen sie ihn liegen. Nach furchtbaren Schmerzen verstarb er an den Wundschüssen, die ihm beigebracht worden waren. Die 65jährige Mutter des Ermordeten wurde verhaftet. Sie wird beschuldigt, an einem Zusammenstoß mit Nazis beteiligt gewesen zu sein. Als der junge Kreiskamp bedingt wurde, war die Anwesenheit der Eltern nicht zugelassen.

Einem Zimmervermieter wurde während einer Hausdurchsuchung ein Möbelstück zertrümmert. Der Mann reichte Anzeige gegen die Täter ein. Die darauf folgende Untersuchung bestand darin, daß er mit Gummirollen furchtbar zugerichtet wurde.

Klumpff wird nicht ausgeliefert

Colmar, 20. Sept. Das hiesige Oberlandesgericht hat in der Auslieferungssache des Rechnungsrates Heinrich Klumpff aus Karlsruhe endgültig entschieden. Der Auslieferungsantrag wurde abgelehnt, weil Klumpff nicht wegen Unterschlagung, sondern wegen politischer Gründe ausgeliefert werden sollte. Klumpff wurde noch am gleichen Tage auf freien Fuß gesetzt. Auf dem Straßburger Hauptbahnhof wurde der „Senior der Flüchtlinge“ durch eine Delegation der Emigranten mit Blumen empfangen, ein Zeichen, daß Klumpff sehr beliebt ist.

Wenn man die Hintergründe kennt, die die deutsche Regierung zur Auslieferung angeführt hat, so muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Nazis alles versuchen, um den Emigranten beizukommen. Erfreulicherweise hatte sich in diesem Falle die gesamte französische Presse eingemischt, um die Ausweisung zu verhindern. Und wie tragisch wäre es gewesen, wenn Klumpff am heutigen Tage — dem 62. Geburtstag — über die Reiter Brücke nach dem Deutschland der Verbrecher gebracht worden wäre. Die Flüchtlinge und die Straßburger Bevölkerung wissen, daß das Oberlandesgericht in Colmar nicht nur dem „Noten Matrosen“, sondern ihnen und der Bevölkerung einen großen Liebedienst erwiesen haben. Heinrich Klumpff wird nämlich noch gebraucht bei der nächsten Abrechnung!

BRIEFKASTEN

Die rote Gewerkschaftsinternationale, Kopenhagen. Ihr Schrift und Guet 2. August 1933. Sie haben es aufmerksam gelesen. Ein Kompliment können wir Euch leider nicht machen. Da schreibt zum Beispiel Herr Döcker ein eingebildetes Zeilen über die Frage: „Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie?“ An dieser Frage dehnt und dreht er nun herum, wie ein Pastor an der Textauslegung eines Bibelverses. Viel Theologie und wenig Seele. Natürlich behauptet Döcker seine Frage. Mit einigen kleinen Veränderungen hätte der Artikel auch schon vor einem Jahre erscheinen können. Nicht weil er ewige Wahrheiten enthält, sondern weil seine Argumentationen eingefroren sind wie saure Äpfel. Das einzige Postingsvolle ist die Frage selbst. Dennach scheint man doch auch in Europa Kreisen erhebliche Zweifel zu hegen, ob die Sozialdemokratie „noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ ist. Hoffen wir, daß diese Zweifel sich vertiefen und kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter in der tatsächlichen Hölle sich nicht an blutigen papierernen Diskussionen erhitzen, sondern gemeinsam dem Feind begegnen, der sie alle fesselt.

Dr. H. J. Krich. Sie wundern sich, daß wir Polemiken gegen Saarbrücker Zeitungen führen. Wir erwidern nun einmal in Saarbrücken und haben hier die durch Gleichschaltung in die braune Zwangsjacke gezwungenen Zeitungen vor uns. Es geht uns nicht um den zufälligen Erscheinungsort dieser Zeitungen, sondern um den Typ, der charakteristischen deutschen Journalismus, der sich den Subtilitäten der SA gefügt hat.

R. S. Vllle. Ihre Kritik am Prager Vorband der SPD ist sehr oberflächlich. Offenbar kennen Sie keine Veröffentlichungen nicht. Weder Selbstherrlichkeit noch Selbstgenügsamkeit ist in dem bisher erschienenen Schriftmaterial zu finden, dagegen sehr weitgehende Toleranz gegenüber Meinungen, die von der alten Parteiführung abwichen. Niemand behauptet überholte Parteiprogramme an, aber auch niemand von Weitsicht und Verantwortung wirft gleich alles über Bord. Die Sozialdemokratie ist im Stadium einer erneuten Selbstreinigung und fröhlichen Erneuerung. Das weiß man bestimmt gerade in Prag.

Aus Mannheim geht und das nationalsozialistische „Hakenkreuzbanner“ mit dem Bericht eines Engländer in der „Neuen Londoner Zeitung“ zu. Der Mann fand bei einer flüchtigen Beschäftigung des Konzentrationslagers in Risslau alles in bester Ordnung. Nach seinen Beobachtungen muß es der reine Paradieshimmel sein. Immerhin ist er nicht dort geblieben, sondern gleich nach England zurückgereist. In seinem Bericht gibt es diese Zeile:

„In Gegenwart der Gefangenen trage ich den Kommandanten, ob die körperliche Furchung hier existiere, worauf das Grinsen zu einem mächtigen Gelächter answoll.“ Wenn er nicht bemerkt hat, daß das Hochgelächter war, muß der gute Britte ein schöner Trottel sein.

Ein eifriger Schweizer Leser. Daß Sie uns nachfragen, wir treiben auch „kommunistische Propaganda“, werden Ihnen die Kommunisten sehr übel nehmen. In der kommunistischen Presse steht immer wieder, wir seien die treuesten Stützen Hitlers und gekaufte Soldaten aller möglichen kapitalistischen Imperien. Was die Aufmachung unseres Blattes angeht, so zeigt sie die etwas sehr lebendige Art, die im Nachkriegsdeutschland fast allgemein in der Presse durchgekehrt hat. Wir geben zu, daß diese Aufmachung im Vergleich zu der weitaus ruhiger gehaltenen Presse der Schweiz reichlich aufregend wirken muß. Sedes ist auf den Inhalt der Aufsätze, und der scheint Ihnen doch meistens zu gefallen — trotz ihrer Abneigung gegen „sozialistisch-kommunistische“ Propaganda. Tant für die freundliche Art Ihrer Kritik.

Immer wieder: Briefe nur an die Redaktion der „Deutschen Freiheit“ adressieren, soweit es sich um Korrespondenzen handelt, die den Textteil betreffen. Werden Briefe an einzelne Redakteure geschickt, besteht die Gefahr der Verzögerung. Immer noch kommen Briefe an Redakteure, die überhaupt nicht bei uns tätig sind. — Briefe, die den Annoncenteil und den Versand betreffen, richtet man die Weltanschauung.

Paul Löbe ist noch immer seiner Freiheit beraubt. Er möchte nicht ins Ausland gehen. Bis zuletzt glaubte er, daß es in den hohen Regionen auch noch den einen oder anderen Ehrenmann geben müsse. Dieses Vertrauen muß er schwer büßen. Es ist für einen guten Deutschen gewiß nicht leicht, einzusehen, daß nur Lumpen oben sind, aber es ist so.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pich in Durbach; für Anzeigen: Otto Kühn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 4, Schützenstraße 5.

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer
Devisen, Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34, RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAITBOUT 98-40 BIS 48

Achtung, Eltern!

Ich habe mein Jugendheim aus Deutschland nach **St. Cloud bei Paris, 59, Rue des Tennerolles** Telefon Val d'Or 0278 verlegt.

Reizendes Landhaus, schöner Garten, Privatunterricht, Berufsausbildung, Sport, Gymnastik.

Anmeldungen bald möglichst

FRAUDR. BERG

Druckerei, Verlag und Redaktion der
„Deutschen Freiheit“
sind in Saarbrücken, Postschließfach 776

Alle Anschriften, auch Offerten auf Inserate, sind nur an die obige Adresse zu richten!

Wäscherei-Neugründung! Paris!

Wer beteiligt sich tätig an Großwäscherei und Plätterei? Kundenstamm und Organisation vorhanden! Erforderlich nur frs. 15 000,— bis 20 000.—. Fachkenntnisse nicht erforderlich, da Zusammenarbeit mit bestehender großer französischer Wäscherei gesichert.

Zuschritten unter Kuznytzky per Adresse
Cooc and Son, poste restante
Paris, Place de la Madeleine

Im Winter kommen Sie nach Paris

Sie werden die größte Wohnlichkeit in diesen zwei Hotels finden:

Hôtel de Castille
(Madeleine) . 37, Rue de Cambon
Zimmer und Mahlzeiten von 55.— Fr. an
RESTAURANT-GARTEN

Hôtel Cambon
(Champs-Élysées) . 3, Rue de Cambon
Zimmer und Mahlzeiten von 45.— Fr. an
Familienleben . Billig und behaglich

Wo speist man gut und billig in Brüssel

Restaurant à la Fourchette 22, rue St. Michel, 22, 1. Querstraße rechts vom Platz Bruckner. Diners u. Soupers à 6,00, 8,00 u. 10,00 Frs. Flüchtlinge aus Deutschland erhalten 50% Rabatt auf alle Speisen. Geöffnet von 12 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts.

Buchhandlung

im Zentrum Antwerpen zu günstigen Bedingungen
zu verkaufen

Anfragen an die Expedition dieses Blattes unter N. N. 50

Deutsche Auswanderer und Flüchtlinge!

Ihre Interessen in Deutschland sind zu wahren, rechtlichen, finanziellen, wirtschaftlichen und dienstrechtlichen. Gemeine und der Vermögensverwaltung werden durch die Fachleute der **Société FIDUCIAIRE D.P.A.L.** (Trustandgesellschaft) für Elia und Lothringen. Grand'Rue 103 in Strasbourg, wahrgenommen.